

Ausgabe
Groß-Berlin

Sozialistische Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS.

Zwiesgespräch Berlin-Paris

Deutschland hat das Wort

Ueber die Besprechungen, die der deutsche Botschafter von Hoesch mit dem französischen Ministerpräsidenten Laval hatte, gibt das offiziöse Havas-Büro den folgenden Bericht heraus:

„Mat hat Grund zur Annahme, daß binnen kurzem der beratende Sonderausschuß der Basler Bank regelrecht einberufen und den Auftrag erhalten wird, sich noch vor Jahresende über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands zu äußern. Die an den Reparationszahlungen hauptsächlich interessierten Regierungen werden alsdann im Verlauf einer internationalen Konferenz mit der deutschen Regierung eine Regelung zu treffen haben. Ihr Bestreben wird dahin gehen, diese Regelung noch vor dem 1. Februar 1932 zu erzielen, damit, wenn möglich, gleichzeitig auch die Frage der namentlich in den Vereinigten Staaten und England Deutschland bewilligten kurzfristigen Kredite geregelt werden kann. Die erste deutsch-französische Aussprache wird also der Ausgangspunkt einer Periode großer diplomatischer Aktivität in Europa sein.“

Die französischen Zeitungen bringen zum Ausdruck, daß Deutschland einen falschen Weg gehe, wenn es versuchen wollte, die eine Gläubigergruppe gegen die andere auszuspielen, mit anderen Worten, die Privatschulden vor die Reparation rangieren zu wollen.

Interpellation über die Arbeitslosigkeit in Frankreich

Der linksrepublikanische Abgeordnete de Tastes hat in der Kammer eine Interpellation über die Arbeitslosenkrise in Frankreich eingebracht.

„Echo de Paris“ erklärt, anscheinend stünden für Deutschland die Lage der kurzfristigen Verschuldung an das Ausland und ein in Vorbereitung befindlicher deutscher Plan, der nach deutscher Ansicht die Zustimmung der ausländischen Banken finden dürfte, im Vordergrund der Betrachtung; das heiße also, zunächst das Problem der privaten Interessen anzuschneiden. Die französische Seite gewünschte Vorgangsweise dagegen stelle die Reparationen in den Vordergrund. Die französische Regierung stehe mit Recht auf dem Standpunkt, daß sie sich nach der öffentlichen Meinung in Frankreich richten müsse. Daher wolle sie sich nur innerhalb des rechtlichen Rahmens des Young-Plans halten. Man rate demgemäß Deutschland, sich zunächst einmal der französischen Ansicht anzuschließen,

daß die privaten Interessen vor den Interessen der Gläubigerstaaten zurücktreten müßten.

Nach Ansicht des „Echo de Paris“ ist es wahrscheinlich, daß Deutschland diesem Rat entsprechend, die Einberufung des im Young-Plan vorgesehenen beratenden Ausschusses des Young-Plans beantragen werde. Es sei unvermeidlich, daß eine Konferenz der Regierungen stattfindet, die den Young-Plan unterzeichnet haben, und zwar wahrscheinlich in Frankreich, entweder in Paris oder an der Riviera im Dezember oder spätestens Januar.

„Matin“ erklärt, es sei recht leichtfertig, wenn die französische Presse behaupten wolle, daß der deutsche Botschafter mehrere verschiedenartige Pläne vorgelegt habe. Die in der deutschen Presse genannten Pläne betrafen ausschließlich die Erneuerung der kurzfristigen Kredite. Die Pressemitteilungen über die Unterredung Laval-Briand-Hoesch dagegen bezogen, daß man von den Reparationen, folglich also von der Ablösung des gegenwärtigen Moratoriums durch das normale Regime des Young-Plans gesprochen habe. In dieser Frage

Brotpreiserhöhung droht

Die Massen wollen nicht mehr hungern

Schluß mit der Schlele-Politik

Wie zu erwarten war, erheben die Bäckereibetriebe, die bei Preissenkungen des Getreides sich tot stellen, sogleich die Forderung auf Brotpreiserhöhung. Die Bäckerkreise erklären, daß schon in der vergangenen Woche eine Preiserhöhung für das 1¼-Kilo-Brot um etwa 2 Pfennig notwendig gewesen wäre. Die Bäckermeister sollen sich danach in einer furchtbaren Notlage befinden und nicht mehr ein noch aus wissen. Davon ist sicher nur soviel richtig, daß der Löwenanteil der Preisspanne vom Getreideproduzenten zum Konsumenten dem Händler und Müller bleibt.

Der Zweckverband der Bäckermeister Groß-Berlins erstrebt einen Brotpreis von 52 bis 53 Pfennig. Er beabsichtigt, auf den Reichsernährungsminister stärksten Druck auszuüben, um ihn diesen Wünschen gefügig zu machen.

Der Minister wird sich aber klar darüber sein müssen, daß die Erfüllung solcher Wünsche die Erbitterung der Erwerbslosen und der in ihrem Einkommen schwer getroffenen Lohn- und Gehaltsempfänger zur Siedehitze treiben müßte. Eine Brotpreiserhöhung in diesem Augen-

blick ist ein Hohn auf die Notlage des größten Teiles des Volkes, das nicht gewillt sein wird, die wahnsinnige Agrarpolitik, die diese Situation erzeugt hat, aus ihren letzten Groschen zu bezahlen. Es muß endlich Schluß gemacht werden mit der Agrarpolitik Schiele-Baade. Wir werden darauf eingehend zurückkommen.

Getreideverknappung — Steigender Preis

An der Berliner Produktenbörse hielt die Aufwärtsbewegung am Dienstag in allen Marktgebieten an. Selbst die Befristung der Zinsverbilligung für die Kredite zur Erntefinanzierung bis zum 7. November blieb ohne größeren Einfluß. Das Angebot in Brotgetreide war vielmehr nach wie vor äußerst knapp, während der Handel und die Mühlen gute Nachfrage zeigten. Roggen und Weizen stellten sich bis zu 2½ M., Hafer sogar bis 4¼ M. höher. Auch die Preise für Weizen- und Roggenmehl waren diesen Steigerungen entsprechend kräftig erhöht. Man wird wohl also bald wieder mit einer allgemeinen Brotpreissteigerung zu rechnen haben.

Regierung befiehlt Lohnabbau

Lohnkürzung auf Grund der Notverordnung.

Die Gewerkschaften haben den Schiedsspruch für die Reichsarbeiter abgelehnt. Vom Reichsfinanzministerium, das bei diesen Verhandlungen als Arbeitgeber auftritt, ist im Reichsarbeitsministerium keine Erklärung zu dem Schiedsspruch bisher abgegeben worden. Da die Notverordnung bestimmt, daß die darin vorgesehene Lohnsenkung von 4½ Prozent eintritt, wenn die Verhandlungen keine Uebereinstimmung erzielen, besteht die Absicht, für die Reichsarbeiter eine Lohnkürzung von 4½ Prozent mit sofortiger Wirkung durchzuführen.

Die Regierung befiehlt — der Lohnabbau wird durchgeführt. Von den Gewerkschaften muß erwartet werden, daß sie diesen Absichten den schärfsten Widerstand entgegensetzen.

habe sich der deutsche Botschafter im wesentlichen darauf beschränkt, zuzuhören.

Die Rückkehr zum Regime des Young-Plans bedeute auch für den Fall eines deutschen Antrages auf ein Moratorium die Einhaltung der Moratoriumsbestimmungen dieses Planes.

Obwohl die Pressemitteilungen die Frage der kurzfristigen Kredite mit Stillschweigen übergehen, scheine es recht unwahrscheinlich, daß Botschafter von Hoesch in dieser Hinsicht nicht ein dringliches Ersuchen vorgebracht habe. Aber es sei möglich, daß dieser Schritt, wenn überhaupt unternommen, an die falsche Adresse gerichtet worden sei. Müßten nicht die amerikanischen und englischen Banken, die mit dem Feuer spielten, als sie Deutschland immer Geld liehen, an erster Stelle darüber entscheiden, ob sie im Februar ihre Kredite erneuern wollten? Falls die Mehrheit der amerikanischen und englischen Banken sich weigern würde, dazu beizutragen, die in Schwierig-

Nazi morden Proletarier

Ein Reichsbannermann erstochen.

Der Vorwärts meldet aus Riesa:

Am Dienstag gegen 11 Uhr wurden in der hiesigen Hauptstraße zwei junge Reichsbannerteile von einem größeren Trupp Nationalsozialisten überfallen. Während der eine der Ueberfallenen fliehen konnte, wurde der zweite, der 21jährige Sattler Arno Wolff, zu Fall gebracht und durch fünf Messerstiche, von denen einer ins Herz

ging, sofort getötet. Die Nationalsozialisten hatten bereits den ganzen Tag über ein provozierendes Verhalten an den Tag gelegt, hatten mit auswärtigen Parteigenossen „Straßen abgeriegelt“ usw. Die polizeilichen Ermittlungen über den Vorgang sind noch im Gange. Einige Verhaftungen wurden bereits vorgenommen. Das Verkehrslokal der Nazis wurde geschlossen.

keiten geratenen Schuldner wieder flott zu machen, dann müßten die Regierungen, die das Schlimmste vermeiden wollten, der deutschen Regierung die Frage vorlegen, welche Garantien zu geben sie in der Lage sei. Die eigentliche Entwicklung der Verhandlungen hänge also jetzt von Berlin ab.

Das „Journal“ stellt fest, daß Bedingung für jede Regelung sei,

daß das Youngplan-System grundsätzlich wieder in Kraft gesetzt werde.

Das Blatt drückt ebenso wie andere französische Zeitungen die Bereitschaft aus, auf der rechtlichen Grundlage des Youngplanes

Schuldenreduzierungen vorzunehmen, unter der Bedingung allerdings, daß die amerikanischen Gläubiger auf entsprechende Kürzungen der Kriegsschulden eingehen. Im übrigen betont das „Journal“, daß Frankreich Garantien politischer und technischer Art gegeben werden müßten.

Selbstmordpolitik

Von Heinrich Strübel.

Der Wahlsieg der Konservativen in England hat die Gefahr in drohendster Nähe gebracht, daß sich das Freihandelsland Großbritannien nun gleichfalls mit Zollschutzmauern umgibt. Der Kampf um die Schaffung eines solchen Zollschatzes und darüber hinaus um den Zusammenschluß des Mutterlandes mit den britischen Dominions und Kolonien zu einem großen einheitlichen Zollimperium war schon lange entbrannt, bisher aber immer wieder von den Liberalen, namentlich aber der Labour-Party, siegreich zurückgeschlagen worden. So noch vor Jahresfrist, als von den Konservativen und namentlich von Kanada her auf der britischen Reichskonferenz ein Vorstoß für Schutzzölle und ein Zollimperium gemacht worden war.

Liberalen und Arbeiterpartei konnten damals mit guten Gründen die Schutz Zollpropaganda abwehren. Sie konnten statistisch nachweisen, daß England als Industrie- und Welthandelsstaat dem Ausland unbehinderte Einfuhr einräumen müsse, um selbst zu den günstigsten Umständen seine Produkte absetzen zu können. Denn Großbritannien und Nordirland hatten ja 1929 von einer Gesamtausfuhr von 13,8 Milliarden Mark nur knapp 5,7 Milliarden Mark nach den Dominions und Kolonien absetzen können, während Waren im Werte von 8,1 Milliarden in fremden Staaten hatten Absatz finden müssen. Rund 60 Prozent der englischen Ausfuhr waren also ins Ausland gegangen.

Von Englands Einfuhr vollends hatten nur 26 Prozent aus den Dominions und Kolonien gestammt. Auch hatten die britischen Kolonien und Dominions nur drei Zehntel ihrer Ausfuhr im Mutterland absetzen können, während sieben Zehntel ins Ausland gegangen waren. So zeigte sich bei Zuratziehen der Handelsstatistik, daß es ein unbesonnenes und wahrscheinlich verhängnisvolles Wagnis gewesen wäre, die so wichtigen und überwiegenden Handelsbeziehungen zum Ausland dadurch zu gefährden, daß man durch gemeinsamen Zollschatz das britische Imperium zoll- und wirtschaftspolitisch enger zusammenflocht.

Zu diesen Erwägungen trat noch der ganz besondere Umstand, daß durch die Schaffung des britischen Zollimperiums die Zufuhr billiger Rohstoffe und Nahrungsmittel bedroht worden wäre. Auf dieser günstigen Grundlage aber hatte sich gerade die englische Industrie und der relative Wohlstand der englischen Arbeiter- und Angestelltenschaft entwickeln können. Der Wert wohlfeiler Rohstoffe für einen stark industrialisierten, auf dem Weltmarkt konkurrierenden Staat liegt auf der Hand, und nicht minder einleuchtend ist, wie bedeutend die Kaufkraft der Löhne und Gehälter durch billiges Brot, Fleisch, Butter, Gemüse, Obst usw. gesteigert wird. Und in England bestehen 89 Prozent der Bevölkerung aus Lohn- und Gehaltsempfängern! Kein Wunder also, daß aus all diesen Gründen Arbeiterpartei und Liberale die Preisgabe des Freihandels mit aller Entschiedenheit verwarfen.

Heute aber besitzen die Konservativen fast fünf Sechstel aller Mandate des Hauses der Gemeinen, so daß sie — mit oder ohne Macdonald und Snowden — den Schutz Zoll durchdrücken können. Um so mehr, als inzwischen ein „mäßiger“ Schutz Zoll auch bei vielen Gewerkschaftern Anklang gefunden hat, also nicht einmal mehr als offene Kriegserklärung an die Arbeiterklasse empfunden werden würde. Woher kommt dieser Umschwung?

In nicht geringem Maße von der deutschen Politik der letzten Jahre. Um die Unmöglichkeit der Reparationszahlungen aus

Glossen zur Zeit

Sage mir, worüber du lachen kannst, und ich werde dir sagen, wer du bist.

Im Kurfürstendammprozess gegen Helldorf und Genossen kam es zu folgender Unterhaltung zwischen Vorsitzendem und Zeugen:

Vorsitzender: „Ist es richtig, daß Sie sich über die Krawalle am Kurfürstendamm köstlich amüsiert haben?“

Zeuge (ein 17jähriger Lehrling): „Ja, wohl, wir haben gelacht, als an der Gedächtniskirche drei Schupos auf einen Passanten einschlugen und ihnen dabei fast die Tschakos vom Kopfe fielen.“

Beisitzer: „Aber das ist eine traurige Sache, wenn drei Schupos einen Mann vernichten.“

Zeuge: „Wenn drei Wachtmeister auf einen Passanten losgehen, so ist das doch eine amüsante Sache.“

Wie amüsant würde dieser Kulturmenschen wohl erst Pogrome, Gasangriffe und die Polterungen ehroloser Gefangener durch faschistische Vorposten finden! Was für eine herrliche Erziehung ist es, die Siebzehnjährige zu Sadisten macht! Und welches charakteristischeres Dokument unserer Zeit und ihrer allerchristlichsten Kultur ließe sich der Nachwelt aufbewahren?

Groener hat Erfolg

BRD. Im Auftrage des Bayerischen Turnerbundes trat ein Ausschuss zusammen, der den Plan für die Errichtung eines „Pflichtturnjahres“ auszuarbeiten hatte. Die Richtlinien wurden vor kurzem auf der Tagung des Männerturnausschusses der Deutschen Turnerschaft in Würzburg vorgelesen, der sie billigte und eine Arbeit an der Jugend in dieser Richtung für wertvoll hielt.

Das Pflichtturnjahr ist so gedacht, daß sich junge Leute vom 17. Lebensjahr an freiwillig verpflichten, in den Turnvereinen ein Jahr lang an einer planmäßigen Ausbildung teilzunehmen. Diese Ausbildung umfaßt u. a. Gelände- und Feldkunde, Kleinkaliberschießen, Sanitäts- und Rettungsdienst und Deutschtumkunde. Der Jahresplan sieht in den verschiedenen Fächern Gemeinschafts- und Einzelpflichtleistungen vor, die der junge Turner innerhalb eines Jahres ausführen muß, um am Schluß das Reife- oder Mannhaftigkeitsabzeichen zu erhalten. Die Deutsche Turnerschaft will mit der Einführung dieses Pflichtjahres ihr Teil im Geiste Jahns dazu beitragen, junge Leute an einer von allen parteipolitischen Bindungen freien Aufbauarbeit für Volk und Vaterland teilnehmen zu lassen.

Da hätten wir also das wiederbelebte Militärlager, wenn auch zunächst nur als Feierabendbeschäftigung, und die mannhaften Kadres, die mit Begeisterung in den Gastod und vor die Tanks marschieren werden.

Die unersetzbaren Wirtschaftsführer

Sie sind sehr empfindlich gegen jede Kontrolle. Sie bescheinigen sich selbst immer wieder ihre Unersetzlichkeit. Wer daran zweifelt, gilt ihnen als gemeingefährlicher Irrer. Und sie haben die Macht in Deutschland, ihren Willen über neunzehn Millionen Arbeitnehmer zu diktieren.

Ein Beispiel, wie produktiv sie arbeiten! Die Gewerkschaft Ewald des rheinischen Kohlsyndikats hat eine neue Schachtanlage gebaut, durch die ihr Quotenteil im Syndikat um 637 000 Tonnen Kohlen erhöht wurde. Ausgenutzt wird der Schacht überhaupt nicht, da er um eine Reichsmark pro Tonne teurer arbeitet als die übrigen Schächte der Gewerkschaft. Das investierte und glatt verlorene Kapital verzinst und amortisiert man mit Lohnherabsetzungen.

Dieselbe Gewerkschaft baute eine Sticksstoffabrik.
Produktionskapazität 44 500 t
Zugebilligte Produktionsquote 22 500 t = 50 %
Produktionsleistung 8 000 t = 18 %
Zu 82 Prozent liegt die Fabrik also still.

Sie hat für diese höchst produktiven Anlagen 90 Millionen Schulden angehäuft. Nun will sie ihren Gläubigern für diese 90 Millionen 18 Millionen Aktienanteile geben, also genau ein Fünftel der geschuldeten Summe. Diese Aktien sollen aber einen „Nominalkurs“ von 500 Prozent haben, d. h. die Gläubiger sollen sich einbilden, sie bekämen den vollen Wert ihrer Zahlung zurück.

Was würde wohl der Staatsanwalt sagen, wenn ein kleiner Handwerksmann oder ein Arbeiter, sagen wir, ein Fünftel seiner Miete bezahlte, aber behauptete, er habe damit die ganze Schuld bezahlt? Bei denen heißt so was Betrug. Bei den Wirtschaftsführern nennt man's Finanztransaktion.

Eitrigte Polizei

Kommunistenrazzia in Königsberg.

Königsberg, 4. November.

Das Wolff-Büro meldet: Die Königsberger Polizei hat in verschiedenen Teilen der Stadt eine große Aktion gegen den verbotenen Rot-Front-Kämpfer-Bund unternommen, in deren Verlauf mehrere Verhaftungen vorgenommen wurden. Unter den Verhafteten, die größtenteils Funktionäre der KPD sind, befindet sich auch der mutmaßliche Mörder des Nationalsozialisten Tschierse, der in der Nacht vor Pfingsten in seinem Hause durch Dolchstiche tödlich verletzt wurde. Die Vernehmungen der Verhafteten füllten den ganzen Nachmittag aus.

Heiteres Gericht in Hamburg

Die Nazimörder machen sich lustig

Hamburg, 4. November.

In der heutigen Verhandlung gegen die Mörder des kommunistischen Bürgerschafts-Abgeordneten Henning wurde zunächst die Frage erörtert,

ob der betreffende Sturmführer der Nationalsozialisten den drei Angeklagten das Mitnehmen von Waffen zu der kommunistischen Versammlung in Zollenspieker empfohlen habe.

Die Angeklagten betonten, die Waffen zum persönlichen Schutz mitgenommen zu haben. Der kommunistische Rechtsanwalt Hegewisch, als Nebenklager, fragte die Angeklagten, ob ihnen der nationalsozialistische Parteibefehl bekannt sei, der das Tragen von Waffen verbiete.

Unter Heiterkeit im Gerichtssaal erklärten die Angeklagten, daß sie diesen Befehl gekannt hätten und daß er strikt befolgt werde.

In diesem Augenblick griff der von Hitler als Verteidiger bestellte Rechtsanwalt Dr. Frank II ein und bat, kein „politisches Schauspiel“ zu geben, das sich gegen die NSDAP richte. Diese Bemerkung führte zu erregten Auseinandersetzungen zwischen den Verteidigern und dem Rechtsanwalt Hegewisch.

Als der Kommunist Cahnbley als Zeuge vernommen werden sollte, kam es wiederum zu lebhaften Debatten, weil Dr. Frank II sich gegen die Verteidigung Cahnbleys wandte.

Rechtsanwalt Dr. Hegewisch warf Dr. Frank II vor, daß dieser plötzlich eine Schuld der überfallenen Kommunisten zu konstruieren suche. Das Gericht setzte die Verteidigung Cahnbleys zunächst aus.

„Papiere raus, Sie werden jetzt erschossen...!“

Der Zeuge Cahnbley erklärte zu der Tat, daß die kommunistische Versammlung störungslos verlaufen sei. Erst hinterher habe ihn der Wirt auf drei verdächtige junge Leute aufmerksam gemacht, bei denen es sich wahrscheinlich um die Angeklagten gehandelt habe. Im Autobus habe Jansen neben ihm gesessen. Er habe während der Fahrt plötzlich über die Lehne Cahnbleys berührt und gerufen: „Sie sind ja der Andre.“ Dann seien Hammel und Hückemayr aufgesprungen und hätten mit gezogenen Pistolen gerufen:

„Papiere raus, Sie werden jetzt erschossen.“ Henning habe versucht, sich vor Cahnbley zu stellen und gesagt: „Das ist nicht Andre.“ Als Henning auf die Frage, wer er denn sei, sich zu erkennen gegeben habe, habe jemand gerufen:

„Sie suchen wir gerade.“

Zugleich sei der Ruf ertönt: „Chauffeur anhalten!“ Dann sei geschossen worden. Nach der Vernehmung Cahnbleys wurde eine Mittagspause eingeschaltet.

Klagges gerettet

Braunschweig, 3. November.

Der Landtag setzte heute die Besprechung der sozialdemokratischen Großen Anfrage über unterschiedliche Behandlung bei der Genehmigung öffentlicher Umzüge fort. Die Linksfaktionen, die gestern den Saal verlassen hatten, waren wieder erschienen. Die Debatte endete wieder in Tumulten.

Der Nationalsozialist Bertram wandte sich gegen die gestrigen Ausführungen des sozialdemokratischen Redners und es kam wieder zu erregten Szenen. Noch lebhafter wurde es, als der Sozialdemokrat Thielemann sprach. Er führte das Wort des Ministers Klagges vom „marxistischen Mob“ an und bezeichnete die Berufung des Ministers als Futterkrippenwirtschaft. Zu den Vorgängen am SA-Tage übergehend, sagte der Abg. Thielemann u. a., ihm lägen

150 Adressen von Mißhandelten vor, die keiner Partei angehörten. Man hätte wiederholt Kundgebungen republikanischer Organisationen verboten und die nationalsozialistischen gestattet. Es könnten Beweise über Beweise dafür erbracht werden, wer für die Ueberfälle während der SA-Tage verantwortlich sei. Zum Schluß brachte der Abgeordnete folgende Anträge seiner Fraktion ein:

Der Landtag mißbilligt die unterschiedliche Handhabung des Umzugsverbotes. Der Landtag wolle beschließen: Minister Klagges besitzt nicht das Vertrauen des Landtages.

Der kommunistische Redner forderte für die durch die Zwischenfälle in den Tagen des SA-Aufmarsches vorgekommenen Sachbeschädigungen Ersatz und für die Familien der beiden Todesopfer eine Monatsrente von 200 Mark, ferner volle Freiheit für alle Kundgebungen.

Abg. Dr. von Frankenberg (Sozialdemokrat) zählte eine Reihe von Vorfällen auf, die zeigen, daß die Nationalsozialisten die Schuld an den Zwischenfällen tragen. Da während der Rede des Abgeordneten die Tribüne wiederholt in die Verhandlung eingriff, wies der Präsident wiederholt einzelne Personen von der Tribüne.

Schließlich nahm Minister Klagges das Wort und führte aus, er habe als Minister nicht die eine oder die andere Partei zu rechtfertigen. Man habe versucht, ihn persönlich anzugreifen und habe seine Redewendung vom marxistischen Mob kritisiert. Er habe gesagt, daß das entschlossene Auftreten der SA es vermocht habe,

den marxistischen Mob in seinem Schlupfwinkel zurückzuhalten. Von diesen Worten rücke er nicht ab.

Der Minister betonte nochmals, daß er keine Verfügung erlassen habe, wonach von ihm jeder marxistische Aufmarsch grundsätzlich verboten sei. Was das von den Sozialdemokraten beigebrachte Beschuldigungsmaterial angehe, so fehle ihm die Glaubwürdigkeit, was schon daraus hervorgehe, daß — wie

zwischen gleichfalls verhängnisvoll herabgesunken. Von 13½ Milliarden im Jahre 1929 auf 12 Milliarden im Jahre 1930, und im Jahre 1931 wird sie nicht einmal 10 Milliarden erreichen!

Also nicht Drosselung der Einfuhr, sondern nur Produktionssteigerung kann gegen die Krise helfen. Deshalb hätte man 1929 den ausländischen Kapitalimport nicht, wie Schacht tat, jah abstoppen, sondern die Produktion, vor allem auch für den Binnenmarkt, fortsetzen sollen, sei es auch unter vorläufiger Steigerung der Verschuldung ans Ausland. Denn was hätten schließlich die 23 Milliarden Auslandsverschuldung, die man jetzt festgestellt hat, und von denen immer noch 8 bis 9 Milliarden deutscher Auslandsguthaben ab-

eigener Kraft zu beweisen, hat Deutschland seit 1929 plötzlich die Zufuhr ausländischer Kredite eingestellt, die Zölle erhöht, die Löhne herabgedrückt und die Einfuhr so stark wie möglich gedrosselt. Die Folge war für Deutschland eine gewaltige Steigerung der Arbeitslosigkeit, eine Senkung des deutschen Volkseinkommens um Dutzende von Milliarden, eine Schrumpfung der Produktion um annähernd ein Drittel und demgemäß ein immer weiteres Absinken der Einfuhr.

All diese Erscheinungen der deutschen Krise, die zum wesentlichen Teile durch politische Maßnahmen zu ihrem katastrophalen Ausmaße getrieben worden war, wirkten verheerend auf England zurück. Durch die Erschütterung der deutschen Währung und Banken, durch das Einfrieren von Milliarden kurzfristiger Kredite in Deutschland gerieten auch die englischen (und sogar die amerikanischen) Bankinstitute und Währung ins Wanken. Das Mißtrauen, die Angst vor dem Verlust führt auch dort zur Flucht des Kapitals ins Ausland und zum Goldhamstern. England verließ den Goldstandard und ließ das Pfund um 20 Prozent fallen. Diese Geldentwertung bedeutet für England die Lohn- und Gehaltsentwertung, also einen Gegen-schlag gegen die deutsche Lohnsenkung und das deutsche Dumping. Aber die englische Bourgeoisie wird sich mit diesem Ausgleich nicht begnügen, sondern auch zum Zollschutz greifen, um sich für Deutschlands Einfuhrdrosselung und Lohnsenkung schadlos zu halten. Der englische Zollschutz aber wird Deutschlands Ausfuhrmöglichkeit merklich beeinträchtigen. So zeigt sich wieder einmal, daß eine Politik, die, wie die deutsche, vom kapitalistischen und nationalen Egoismus diktiert ist, sich zuletzt unfehlbar gegen den frivolen Initiator selbst wendet. Wer andern eine Grube gräbt, fällt selbst hinein!

Deutschlands rücksichtslose Abdrosselung seiner Einfuhr, die gleich der Lohnsenkung völlig systematisch betrieben wurde, zugleich natürlich auch durch das immer stärkere Schrumpfen der deutschen Produktion, das die Herabdrückung des Masseneinkommens verursacht hatte, rein automatisch ihren Fortgang nahm, spiegelt sich deutlich in den Ziffern der Handelsstatistik. Seit 1928 sank bereits im Jahre 1930 die deutsche Einfuhr von 14,0 Milliarden Mark auf 10,4 Milliarden Mark, also um volle 3,6 Milliarden Mark. Daß eine solche Einfuhrverminderung Deutschlands den Export des Auslandes schwer treffen und dadurch nicht wenig zur Verschärfung der Weltkrise beitragen mußte, ist klar. Zumal dieser deutsche Einfuhrrückgang sich zu gut zwei Dritteln auf nur zehn Länder verteilt, nämlich die Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritannien, Italien, die Tschechoslowakei, Belgien-Luxemburg und die Schweiz. Die Ausfuhr dieser zehn Länder nach Deutschland sank gegenüber 1928 im Jahre 1930 um 2665 Millionen Mark. Darunter verminderte sich USAmerikas Export nach Deutschland um 722, der Englands um 254, Frankreichs um 222, Britisch-Indiens um 283, Argentiniens um 530 Millionen Mark. Umgekehrt aber sank im Jahre 1930 Deutschlands Ausfuhr nach den genannten zehn Ländern gegenüber 1928 nicht nur nicht, sondern sie vermehrte sich sogar um 308 Millionen Mark, was freilich nur auf die Steigerung des deutschen Exports nach Frankreich um 455 Millionen Mark zurückzuführen ist.

Durch die Senkung seiner Einfuhr, die 1931 noch viel geringer geworden ist als 1930, hat es Deutschland fertiggebracht, seinen Ausfuhrüberschuß, der 1930 erst 1,7 Milliarden Mark betrug, im Jahre 1931 auf voraussichtlich 3 Milliarden zu steigern. Aber da dieser gewaltige Exportüberschuß nicht auf einer Steigerung seiner Ausfuhr, sondern nur auf der Drosselung seiner Einfuhr beruht, so bedeutet er nicht eine Steigerung der deutschen Produktion, also eine wirkliche Vermehrung des deutschen Volkseinkommens, sondern nur die Verkümmern der Produktion der anderen Länder, eine Schädigung des Welt-handels und der Weltproduktion.

Diese eigenartige deutsche Methode, die deutsche Krise und Deutschlands Verschuldung an das Ausland wieder abzutragen, führt also unfehlbar in immer ärgere Zerrüttung der deutschen und der Weltwirtschaft hinein und zugleich in immer rücksichtsloseren gegenseitigen Wettbewerb und immer wütenderen Zollkrieg! Denn nicht nur England setzt sich gegen Deutschlands Taktik, möglichst viel verkaufen, aber möglichst wenig von anderen Ländern zu kaufen, durch zollpolitische Gegenmaßnahmen zur Wehr, sondern auch andere Länder, wie die Schweiz, Italien usw., fangen emstlich an, dagegen zu protestieren. Denn die Schweiz sieht nicht ein, warum sie nur für 255 Millionen Mark Waren nach Deutschland absetzen, dagegen für 627 Millionen stark deutsche Waren einführen soll.

Die deutsche Regierung und die sie beherrschende deutsche Kapitalistenklasse sollten so endlich begreifen, daß man nicht ungestraft gegen alle Gesetze internationaler Wirtschaftsvernunft verstoßen und dem Ausland ein Schnippchen schlagen kann, ohne sich selbst gar bald gründlich in die Nesseln zu setzen. Denn die deutsche Ausfuhr, auf die es doch ankommt, und deren Steigerung doch nur auch die Produktion steigern und die Arbeitslosigkeit und damit die Krise mildern kann, ist ja in-

Tages-Chronik der SAZ

Landwirt Klehn geständig

Der Raubüberfall von Groß-Kreutz
WTB. Brandenburg, 4. November.
Die Berliner Kriminalpolizei hat in der vergangenen Nacht mit dem verhafteten Landwirt Georg Klehn aus Neu-Bochow wiederum scharfe Kreuzverhöre angestellt, da er bisher im Gegensatz zu seiner 37 Jahre alten Ehefrau Margarethe hartnäckig leugnete, den Raubüberfall in Groß-Kreutz auf das Ehepaar Zingelmann begangen zu haben. Die Ehefrau Klehn hatte bereits zugegeben, ihrem Mann bei der Vorbereitung der Tat geholfen zu haben. Die Kriminalbeamten trieben Klehn, der früher einmal bei der Berliner Polizei tätig gewesen ist und in seinem Heimatort infolge seiner Gewalttätigkeit und seines üblen Rufes wenig beliebt war, in die Enge, so daß ihm schließlich nichts weiter übrig blieb, als ein Geständnis abzulegen.
Das Ehepaar ist bei der Ausführung seiner Tat außerordentlich geschickt vorgegangen. Klehn beschaffte sich ein Stück Gartenschlauch, an dessen Spitze er ein eisernes Spritzrohr befestigte. Mit dieser furchtbaren Waffe hat er dann die wuchtigen Schläge gegen den alten Zingelmann und dessen Frau ausgeführt. Nach der Tat versuchte Klehn, sich ein Alibi zu konstruieren, um die Nachforschungen zu erschweren. Er lief eilends mit seiner Frau in sein ziemlich einsam gelegenes Haus bei Neu-Bochow zurück. Unterwegs warfen beide ihre Schuhe weg, um keine Spur zu hinterlassen. Dann legten sie sich schnell zu Bett, so daß die etwas später eintreffenden Landjäger das Ehepaar scheinbar aus tiefem Schlaf weckten. Bei einer Haus-suchung wurde im Hause Klehns ein Zettel aufgefunden, auf dem der Grundriß der Wohnung Zingelmanns skizziert war. Klehn und seine Frau befinden sich als Untersuchungs-gefangene im Amtsgericht Brandenburg. Die Kriminalbeamten sind jetzt wieder in Groß-Kreutz und Umgegend tätig, und haben erneut Ermittlungen in der Richtung angestellt, ob Klehn evtl. auch als Täter für andere unaufgeklärte Mordfälle in der hiesigen Gegend in Betracht kommt.

Ein Mordprozeß in Köln

Das Kölner Schwurgericht verurteilte gestern den Fuhrmann Carl Scheuer, der am 25. April dieses Jahres in einer Wirt-schaft in Köln-Deutz den Arbeiter Wilhelm Doll erschossen hatte, wegen Tot-schlags und verbotenen Waffenbesitzes zu 8½ Jahren Zuchthaus und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von zehn Jahren. Das Gericht folgte damit dem Antrag des Staatsanwaltes, der auf Grund der Beweisaufnahme die Mordanklage fallen gelassen hatte, da dem Angeklagten nicht bewiesen werden konnte, daß er die Tat mit Ueberlegung ausgeführt habe.

Felssturz bei Cochem

WTB. Cochem a. d. Mosel, 3. November.
In der vergangenen Nacht lösten sich am oberen Rand des Cochemer Berges, an dem im Frühjahr d. J. bereits erhebliche Teil-abstürze von Felsmassen vorgekommen waren, weitere große Felsmassen, die alles, was ihnen in den Weg kam, mit sich rissen. Die stark gefährdete Provinzialstraße ist in dem Gefahrengebiet gesperrt. Der gesamte Ver-kehr wird auf die andere Moselseite umge-leitet. Zur Zeit hält der Bergsturz noch an.

Im Dienst des Militarismus verunglückt

WTB. Thorn, 4. November.
Auf dem Exerzierplatz in Thorn explo-dierte ein Geschöß im Rohr eines 7,5-cm-Geschützes. Zwei Soldaten erlitten schwere Verletzungen und wurden in hoffnungslosem Zustand in das Militär-lazarett eingeliefert. Ein Offizier und ein Artillerist erlitten leichtere Verletzungen.

Die Dessauer Meisteruhr

Nach jahrelanger Arbeit hat der Uhr-macher Martin in Dessau ein Meister-werk seiner Kunst vollendet. Es handelt sich um eine astronomische Weltuhr, die nicht nur — wie jede gewöhnliche Uhr — Stunden, Minuten und Sekunden, sondern auch Tage, Monate, Jahre und Schaltjahre angibt. Sie setzt auch ein grosses Planetarium in Bewegung, das die Mondphasen, Jahreszeiten, die Sonnen- und Mondfinsternisse und den Durchgang der Sonne durch den Tier-kreis registriert. Das Meisterwerk versinn-bildlicht außerdem noch die Schicksale des menschlichen Lebens. So erhebt z. B. der Tod die abgelaufene Sanduhr, wenn die volle Stunde ausschlägt.

Fährenunglück auf der Theiß

WTB. Budapest, 3. November.
An der Theiß-Fähre bei Tisza-Becs wollten heute einige Arbeiterinnen und Arbeiter auf der ziemlich angeschwollenen Theiß mit einem leichten Kahn übersetzen. Mitten auf dem Fluß kenterte jedoch das überlastete Boot. Zwei Arbeiterinnen und ein Arbeiter er-tranken, während zwei Personen im letzten Augenblick gerettet werden konnten.

Schiffsunlück bei Helsingfors

WTB. Helsingfors, 4. November.
In dem heute vormittag herrschenden Sturm kenterte hier in der Dähe ein Marine-boot, wobei sechs Mann der neunköpfigen Be-satzung den Tod fanden.

Wieder ein Erdbeben in Japan

WTB. meldet aus Tokio: Im Nordosten Japans hat sich ein starkes Erdbeben er-ignet, das beträchtlichen Sachschaden ver-sacht hat; Menschenleben sind bis jetzt nicht zu beklagen. Blättermeldungen zufolge soll ein Teil einer kleinen Insel im Meer ver-schwunden sein.

Raubüberfall am Bankschalter

WTB. Magdeburg, 4. November.
Ein Raubüberfall ereignete sich heute vor-mittag gegen 10 Uhr im Schalterraum der hie-sigen Reichsbankfiliale. Als ein Bote der Vich-markt-Bank in der Reichsbankfiliale einen Be-trag von 10 000 Mark abgehoben hatte, wurde er von zwei Männern angesprochen, die ihn um das Einwechseln einiger Noten baten. Im Verlauf dieser Unterredung überfielen sie ihn und entsendeten ihm den abgehobenen Betrag von 10 000 Reichsmark. Die Täter flüchteten darauf aus dem Reichsbank-gebäude, wurden aber sofort durch Beamte der Bank verfolgt. Einer der Täter konnte fest-gehalten und der Polizei übergeben werden, wo er an Hand seines Passes als der Pole David Milecki festgestellt wurde. In seinem Besitz befand sich der gesamte Betrag des gestohlenen Geldes. Der zweite Täter, an-scheinend auch ein Ausländer, ist noch flüchtig.

Riesenluftschiff „Akron“

WTB. Lakehurst (New Jersey), 3. Nov.
Das neue amerikanische Riesenluftschiff „Akron“ ist heute mit 297 Personen an Bord gestartet. Diese Zahl stellt einen Rekord dar.

Die Drillinge von Berlin

Unter den rund 45 000 Geburten, welche Groß-Berlin jährlich aufweist, befinden sich durchschnittlich 400 Fälle von Zwilling-sgeburten, aber nur etwa 4 Drillingsgeburten. In den letzten acht Jahren verzeichnete die Reichshauptstadt zusammen 31 Drillings-geburten, darunter in acht Fällen Mädchen- und in fünf Fällen Knaben-Drillinge. Die ge-mischten Drillingsgeburten, darunter zwei Knaben und ein Mädchen sowie zwei Mädchen und ein Knabe — wiesen je neun Fälle auf. Ein Rekordjahr der Drillingsgeburten war das Jahr 1925. Es wies nicht weniger als zehn Fälle, also das Doppelte des Durchschnitts auf. Die wenigsten Drillingsgeburten im letzten Jahrzehnt wies das Jahr 1924 auf; in diesem Jahr kam nämlich nur eine einzige Drillingsgeburt vor.

Die Berliner Bevölkerungsbewegung

Nach Angaben des Statistischen Amtes der Stadt Berlin waren im September d. Js. 3031 Geburten und 3395 Sterbefälle zu verzeichnen. Zugezogen sind in der gleichen Zeit 22 121 und fortgezogen 23 421 Menschen. Die Verlust-ziffer beträgt für diesen Monat 1664, die Ein-wohnerzahl am 1. Oktober 4 286 953.

Die höchste Postbehörde der Welt

Auf der tibetanischen Hochebene, am Fuße des Tang-la Passes, in dem zwischen Indien und Butan eingeschobenen Zipfel des tibe-tanischen Priesterstaates, liegt in 3877 Meter Höhe die buddhistische Klosterfestung Phari-Jong. Hier hat die Regierung des Dalai-Lama vor einiger Zeit eine Poststation ein-gerichtet, die höchstgelegene der Erde! Ueber Phari-Jong läuft vor allem die wichtige tele-graphische Verbindungslinie mit Indien, welche durch das gigantische Felsmassiv dieses Teiles des Himalaya den tibetanischen Priesterstaat mit seinem südlichen Nachbarn verbindet.

Ein Briefwechsel

Der nachstehende Brief ist einer ganzen Reihe von Distriktsführern der SAP, die früher gleiche Ämter bei der SPD bekleideten, zu-gestellt worden:

Breslau, den 29. Oktober 1931.

Herrn

Im Auftrage des Sozialdemokratischen Vereins Groß-Breslau und auch zugleich im ausdrücklichen Auftrage des Parteivorstandes der SPD in Berlin fordere ich Sie hierdurch auf, den Betrag von

..... Mk. den Sie in Ihrer Eigenschaft als Distrikts-führer des Distrikts vereinnahmt, aber noch nicht abgeführt haben, unverzüglich an das Sozialdemokratische Parteisekretariat oder an mich abzuführen.

Sollten Sie dieser Aufforderung nicht binnen drei Tagen Folge geleistet haben, so haben Sie nicht nur die Erhebung der Zivil-klage, sondern auch Strafantrag wegen Unterschlagung zu gewärtigen.

gez. Bandmann
Rechtsanwalt.

Genosse Eckstein hat auf dieses Schreiben wie folgt erwidert:

2. November 31.

Herren

Rechtsanwälte
Eugen Bandmann u. Dr. Grünpeter
Hier

Sehr geehrte Herren Kollegen!
Sie haben an eine Anzahl Distrikts-führer des früheren Sozialdemokratischen Vereins Breslau Briefe geschrieben, in denen Sie im angeblichen Auftrag dieses nicht mehr bestehenden Sozialdemokra-tischen Vereins Breslau und im Auftrage des Parteivorstandes die Zahlung von Be-trägen verlangt haben, für deren Höhe Sie überhaupt keine Beweismittel angeben haben, zu deren Zahlung aber meine Man-danten überhaupt nicht verpflichtet sind. Der Sozialdemokratische Verein Breslau, mit dem die Adressaten Ihrer Briefe allein in Rechtsbeziehungen gewesen sind, dessen

Funktionäre sie gewesen sind, während sie Funktionäre des Parteivorstandes in Berlin oder einer Gesamtpartei niemals gewesen sind, besteht nicht mehr. Er hat in einer ordnungsmäßig einberufenen Vertreter-ver-sammlung vom 2. Oktober 1931 seinen Uebertritt zur SAP erklärt. Nur die Sozia-listische Arbeiterpartei Deutschlands oder ihr Breslauer Ortsverein könnte daher irgendwelche Ansprüche geltend machen. In deren Namen aufzutreten, sind Sie aber offenbar nicht befugt. Ich lehne daher im Namen der verschiedenen Adressaten Ihrer Briefe Zahlung ab und stelle Ihnen Klage-erhebung anheim. Eine evtl. Klage kann mir zugestellt werden.

Ergebnis
gez. Dr. Eckstein
Rechtsanwalt.

Der Fall Dehn

Ein neuer Nazistudenten-Skandal

An der Universität Halle rebellieren die Hakenkreuz-Studenten gegen den Professor Dr. Dehn, der vor einiger Zeit eine Professur für praktische Theologie erhalten hatte. Dehn ist Kriegsgegner. Daher die Fronde der nation-sozialistischen Kommilitonen, die nicht dul-den können, daß einmal der Geist des christ-lichen Evangeliums unverfälscht interpretiert werde. Ursprünglich hatten die renitenten Hakenkreuzler gedroht, aus der Universität auszuziehen. Jetzt erklären sie, sich zunächst damit begnügen zu wollen, bei festlichen An-lässen der Universität nicht mehr zu char-gieren. Und die Spitzen der Universität tole-rieren, wie es scheint, diesen haarsträubenden Terror. Würden linksstehende Studen-ten gegen einen Hakenkreuzprofessor in ähn-licher Weise vorgehen, so wären die schärfsten disziplinarischen Maßnahmen die Antwort ...

Wer keine Wahl hat, hat die Qual

Von F. C. WEISKOPF

(Aus dem Novellenband „Der Traum des Friseurs Cimbura“, Copyright by Malik-Verlag, Berlin.)

3. Fortsetzung.

„Solange man gesund ist, mag ja alles ganz gut sein. Ist man aber nicht mehr beisammen und ist nicht viel Hoffnung da, daß man wieder auf die Beine kommt, — dann ist es besser, man liegt früher unter der Erde als später!“

Schreck und Scham spielen also nicht mit. Und was die Liebe anlangt... du mein Gott, wenu Pulkrábek seine Milada so richtig anschaut, begreift er es eigentlich gar nicht, wie ihm das Weibsbild einmal hat den Kopf verdrehen können! Zwar — die schönen, weißen Zähne und das dicke, schwarze Haar sind noch da, aber Liebe, wie gesagt...?

„Die also verscheucht den neuen Gedanken auch nicht.“

Bleibt demnach nur das eine: daß es um einen Kameraden geht, und daß man einen Kameraden nicht im Stich lassen kann.

Und das andere, nicht minder tief ins Blut Geimpfte und zu Trieb und Lebensäußerung Gewordene: daß er sich schlägt. Jetzt wie früher — und seit er atmet. In ruhiger Selbstverständlichkeit und ohne viel Worte, verbissen, bedingungslos und zäh. Um alles und mit allem. Um das Stück Brot und um die Nacht mit der Frau; mit dem alten Kot-reich und mit dem frostigen Winter. Und mit dieser heimtückischen Krankheit natür-lich auch, versteht sich!

ARBEITSWILLIGE

(auch Ungelernte!)

werden von der Betriebsleitung des Sägewerks per sofort angenommen. Lohn nach Uebereinkommen. Handgeld 20 Kronen sofort bei Unterzeichnung des Arbeitsvertrags. Meldung täglich von 7 bis 18 Uhr in der Betriebskanzlei.

Wer weiß, wie lange schon der verdammte Zettel da unbeachtet an der Anschlagtafel des Gemeindehauses gilbt!

Einen Kameraden läßt man nicht im Stich. Das ist doch ganz selbstverständlich und eindeutig, nicht wahr?

Daran gibt es doch nichts zu deuteln. ... Möchte man glauben, ja! Möchte man glauben!

In Wirklichkeit aber ist die Sache nicht ganz so einfach, wie es den Anschein hat. In Wirklichkeit ist sie verzwickter! Ganz außer-ordentlich verzwickter sogar!

Es ist klar: die Medizin muß beschafft werden. Die Frau darf er nicht im Stich lassen! Aber auch die Kameraden aus der Ziegelei und vom Sägewerk dürfen nicht im Stich gelassen werden!

Was soll man aber schließlich tun, wenn bei den Kameraden kein schäbiger Kreuzer mehr zu holen ist und man eher aus einem Stein Wasser, als aus einem Bauern ein paar Sechser herauspressen kann?! Will man die

Frau nicht ganz und gar ohne Hilfe lassen, — was bleibt einem anderes übrig, als der Weg zur Betriebskanzlei?! (Ja, ja, die Medizin ist wahrscheinlich gar nichts wert, aber die Milada glaubt eben daran. Schluckt sie mit solchem Vertrauen, daß er sie einfach beschaffen muß. Muß, — sonst ist er ein elender Lump!)

Hm — — und wenn er hinginge und sich meldete? Ist er dann kein Lump?!

Ja, verteuert verzwickt ist die Sache! Mag man sie wenden und drehen wie man will, — so oder so bleibt man ein schuftiger Kerl!

Es gibt keinen Ausweg. Gesotten wie ge-braten, gehüpft wie gesprungen, — man sitzt in der Klemme.

Alles Zupfen an der umfangreichen Kar-toffelnase, alles Scheuern des blanken, gelben Eierschädels, alles Herumspekulieren und Boh-ren hilft nichts: das Sprichwort vom Wolf, der sich sattgefressen hat, während die Ziege doch heilgeblieben ist, läßt sich nicht verwirklichen. Verdammte Geschichte!

Es nützt nichts, daß er sich sagt: Der und jener hat sich doch damals auch blutwenig um die Kameraden gekümmert!

Er wendet ja gleich selbst dagegen ein: „Und wenn schon! Soll ich es darum auch so machen, ah?! — Na also...!“

Aber schließlich und endlich ist einem das Hemd doch näher als der Rock!

Ja, ja, aber die Milada ist eben doch nur ein Mensch, und dort sind es eine ganze Masse, — darf er da ihretwegen, noch dazu, wo sie am Verlöschen ist... und das ist sie doch, oder nicht?!

Oder...? Aber dann... Ja, was denn?! Was denn eigentlich?!

Was denn, zum Teufel?!

„Glücklicherweise taucht gerade im Augen-blick höchster Verwirrung der altvertraute, liebe Gedanke auf und bringt Beruhigung.“

Da hat er die ganzen langen Jahre hin-durch immerzu beim Ziegelofen gearbeitet, an den Formtischen, auf den Trockenplätzen und beim Verladen. Hat immerzu mit den regel-mäßigen Ziegeln zu tun gehabt, hat abgepaßt, geglättet, geordnet, geschichtet, — hat ge-baut sozusagen.

Das ist ihm ins Blut übergegangen.

Das hat ihm, lange bevor er ihn zum er-stenmal klar gefaßt von anderen gehört hat, den Gedanken vertraut und lieb gemacht:

„Da baut man und baut man. Häuser und Fabriken und was weiß ich. — Und sollte doch eigentlich erst mal diese verpfuschte Welt umbau'! Die ist ja nicht zu brauchen, so wie sie ist! Die Nichtstuer haben die bes-ten Plätze und unsereins hat einen Dreck! — Einreißen und nachher umbau'n! Solid und sauber, wie sich's gehört! Einen ganz neuen Bau hinstellen! Einen, in dem jeder, der an-ständig arbeitet, auch einen anständigen Platz kriegt! Gleich gut und gleich groß wie alle andern! Ja! — Das ist natürlich nicht leicht und allein bringt man so was auch nicht zustande, aber wenn man zusammenhält (man ist doch in der Ueberzahl, möchte man mei-nen!), wenn man also richtig zusammenhält, müßte es gehen!“

Zusammenhalten!

Zusammenhalten!

Trost ist dieser Gedanke, Zuflucht und hoffnungsfreudige Sehnsucht.

Ist da nicht klar, was zu geschehen hat?!

(Fortsetzung folgt).

Wirtschaft und Arbeit

Grundgedanken der Sozialversicherung in Sowjetrußland

Von H. Ephraim.

Ein Beitrag zur Diskussion über den Abschnitt des Aktionsprogramms der SAP: „Ferner fordert die SAP die Zusammenfassung der gesamten Sozialversicherung zu einem einheitlichen, vom Proletariat kontrollierten System.“

Nicht von den einzelnen tatsächlichen Leistungen der Sozialversicherung in Sowjetrußland soll hier die Rede sein; sie sind — besonders was die gödlichen Unterstützungen betrifft — an westeuropäischen Zahlen gemessen verhältnismäßig gering; sie waren in Art und Ausmaß ebensovielen Schwankungen unterworfen, wie die russische Wirtschaft der letzten Jahre überhaupt und können in ihren einzelnen Entwicklungsstufen nur im engsten Zusammenhang mit dieser verstanden werden.

Aber es gibt Grundprinzipien der Sozialversicherung in der Sowjetunion, die uns etwas zu sagen haben, die in keinem kapitalistischen Lande so zu finden sind, die Ausdruck der proletarischen Formung dieser Einrichtung in Rußland sind und den Stempel der proletarischen Diktatur ihres Entstehungslandes tragen.

Die Sozialversicherung Sowjetrußlands stellt eine organische Einheit dar wie nirgendwo sonst, und zwar in bezug auf den Kreis der Anspruchsberechtigten, wie auch in bezug auf die Verwaltung, die Verwendung der Mittel und den Träger der Versicherung.

Die Sozialversicherung Sowjetrußlands kommt ausschließlich den werktätigen Massen zugute und gilt für alle Arten von Lohnempfängern in gleicher Weise, d. h. sie kennt keine sozialen Gruppierungen der Arbeitenden, während wir in Deutschland noch immer den Trennungsstrich zwischen Arbeitern und Angestellten ziehen, gesonderte Versicherungskassen (Invalidenversicherung — Reichsangestelltenversicherung) mit getrennter Verwaltung, getrennten Mitteln und andersartigen Versicherungsleistungen für sie haben. Nur wo die Natur der Arbeit es gebietet, wird in Sowjetrußland eine Unterscheidung gemacht. (So gilt z. B. der Schwangerschutz mit entsprechenden Versicherungsleistungen für körperlich arbeitende Frauen acht Wochen vor und acht Wochen nach der Niederkunft, während er für Angestellte — mit Ausnahme solcher in gesundheitsschädlichen oder besonders anstrengenden Betrieben — nur sechs Wochen vor und sechs Wochen nach der Niederkunft gilt.)

Die Versicherten sind von jeder Beitragsleistung befreit.

Versichert ist ohne weiteres jeder, der in ein Lohnverhältnis tritt. Die russische Sozialversicherung kennt keine „Höchstversicherungsgrenze“ und keine „freiwillige Versicherung“ solcher Menschen, die nicht Lohnempfänger sind.

Die Beiträge werden ausschließlich von den Arbeitgebern aufgebracht; sie gelten als der sozialisierte Teil der Lohnsumme. Die Einziehung der Beiträge erfolgt durch Umlage auf die Betriebe unter Zugrundelegung der Zahl der Arbeiter, deren Lohnhöhe, Gefahrgrad und größerer oder geringerer Gesundheitschädlichkeit des Betriebes und unter Berücksichtigung, ob es sich um einen privaten oder staatlichen Betrieb handelt, wobei letzterer gewisse Erleichterungen für die abzuführende Versicherungssumme erfährt (normal 16 bis 22 Proz. des Lohnes — in Staatsbetrieben und notleidenden Betrieben 10 bis 14 Proz.)

Die so eingehenden Versicherungsbeiträge fließen in die streng zentralistisch zusammengefaßten Versicherungskassen.

deren Organe alle Zweige der Sozialversicherung umfassen. Praktisch waren das z. E. nach Angaben von Prof. Semaschko, Vorsitzenden des Volkskommissariats für das Gesundheitswesen der RSFSR, 1928:

1. Versicherung gegen vorübergehende Arbeitsunfähigkeit und Beihilfen in Todesfällen.
2. Mutterschaftsversicherung.
3. Versicherung gegen Invalidität nicht durch Berufsausübung.
4. Versicherung gegen Invalidität durch Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten.
5. Arbeitslosenversicherung.
6. Krankenhilfe.

Auch die Tätigkeit der untergeordneten Stellen ist auf jeder Stufe einheitlich. Die Verteilung der Versicherungsgelder auf die einzelnen speziellen Versicherungsfonds erfolgt ebenfalls nach einem streng zentralistisch ausgearbeiteten Plan, der der jeweiligen Wirtschaftsentwicklung angepaßt wird und z. B. zur Zeit einen Teil des Fünfjahresplans bildet. Dabei ist es für den einzelnen Versicherten gleichgültig, ob tatsächlich von seinem Betrieb für ihn Versicherungsbeiträge gezahlt worden sind. Er hat auch Anspruch auf die Versicherungsleistungen, wenn dies nicht der Fall war, und zwar in voller Höhe des festgesetzten Leistungsempfangs vom ersten Tage seiner Tätigkeit an (d. h. für die meisten Leistungen, mit Ausnahme der Ver-

Keine Kapitulation!

Gewerkschaftskampf in der Krise

Die deutschen Gewerkschaften stehen vor folgenschweren Entscheidungen. Der Gesamtverband hat den Schiedsspruch, der einen Lohnabbau von 4½ Prozent bedeutet, abgelehnt. Nach den Nachrichten aus dem Reiche ist auch mit einer einmütigen Ablehnung des Schiedsspruches für die Gemeindearbeiter zu rechnen. Inzwischen spitzt sich auch die Situation auf der Reichsbahn zu, und die Metallindustriellen erklären frech und offen, daß sie diesmal ganze Arbeit machen wollen und einen tariflosen Zustand herbeiführen. Welches werden nun die nächsten Schritte der Gewerkschaften in dieser zugespitzten Situation sein? Werden sie wieder einmal in dem holden Spiel der Verbindlichkeitsklärungen mitmachen und den trotz der Krise zweifellos vorhandenen Kampfwillen der Mitglieder abstoppen? In der Antwort auf diese Frage liegt die folgenschwere Entscheidung darüber, ob das deutsche Proletariat in diesem Krisenwinter auf breiterer Front sich zu wehren beginnt gegen die Abwälzung aller Lasten der Krise auf die arbeitenden Massen. Ein solcher Abwehrkampf hätte seine gewaltige Bedeutung weit über das rein gewerkschaftliche Gebiet hinaus, denn wenn das deutsche Proletariat erst wieder gelernt hat, seine eigene, außerparlamentarische Kampfkraft auf die Waagschale der Entscheidungen zu legen, wird es nicht bei der Abwehr stehen bleiben. Der Abwehrkampf auf breiter Front ist jedoch der erste Schritt, der getan werden muß.

Hier kommen nun die Stimmen aus dem Gewerkschaftslager und berufen sich zur Begründung der Taktik des Nachgebens und Lavierens auf einen alten Grundsatz gewerkschaftlicher Strategie: In der Krise kann man nicht kämpfen! Man könnte zunächst darauf verweisen, daß dieselben Taktiker zur Zeit der Rationalisierungskonjunktur erklärten, man solle keine Streiks führen, um den Wiederaufbau der Wirtschaft nicht zu stören. So daß man also nach diesem Rezept überhaupt nicht mehr kämpfen könnte, und als das A und O jeder gewerkschaftlichen Tätigkeit die periodischen Verhandlungen mit abschließenden Schiedssprüchen anzusehen hätte. Eine Theorie und Taktik, bei der die Gewerkschaften immer

mehr Einfluß und Kampfkraft verlieren müssen.

Aber in Wirklichkeit handelt es sich doch darum, daß bei der Tiefe, Schwere und voraussichtlichen Dauer der gegenwärtigen Wirtschaftskrise mit den für Deutschland noch besonders erschwerenden Umständen der Verzicht auf den Kampf den völligen Verzicht auf den Widerstand gegen die immer brutaler Kapitaldiktatur bedeuten würde. Daß in der jetzigen Situation auch die Wirtschaftskämpfe mit größter Aussicht auf Erfolg geführt werden können, wenn eine zugleich zielbewußte und taktisch geschickte Führung vorhanden ist, zeigt der mit zäher Ausdauer geführte Streik in der Breslauer Metallindustrie. Dieser Streik allein beweist schon, daß man in der Krise kämpfen kann, wenn Führung und Gewerkschaftsmitglieder an vertrauensvolles Zusammenwirken gewöhnt sind. Daran fehlt es allerdings in manchen Gewerkschaften in erschreckendem Maße, aber auch hier wird die alte Tatsache bestätigt werden, daß für den inneren Zusammenhalt einer Organisation nichts so wertvoll und fördernd ist als der im gemeinsamen Kampfe neugeschmiedete Ring der Klassensolidarität.

Bei der jetzigen Massierung der Lohnkonflikte kommt für die Gewerkschaften noch das große Plus der großen Zahl und der ökonomischen Auswirkung eines Wirtschaftskampfes in der gegenwärtigen Situation hinzu. Hier muß die Forderung erhoben werden, daß von vornherein die Streikfront so breit wie möglich errichtet wird, die Entscheidung wird dadurch beschleunigt und der Druck der Arbeiter gegen den Angriff auf die Löhne wird verstärkt.

Natürlich kann ein Kampf solcher Arbeitermassen nicht ohne tiefgehende politische Auswirkungen bleiben. Für unsere Gewerkschaftsführer ist das ein Grund, den Kampf möglichst abzulassen oder zu verhindern. Für die deutsche Arbeiterklasse aber muß die politische Auswirkung jedes großen Wirtschaftskampfes in einer Stärkung der antifaschistischen Abwehrfront, in einer Hebung des proletarischen Klassenbewußtseins bestehen, die es zur Erfüllung seiner politischen Aufgaben reifer und gefestigter machen wird.

Bezahlt der Arbeiter zuviel oder verdient er zuviel?

Eines der trübsten Kapitel in der deutschen Preis- und Lohnpolitik ist der Kohlenbergbau. Wohl nur wenige Arbeitnehmergruppen leiden so unter der Macht der Kartelle, wie der Bergbau. Man argumentiert auf Unternehmerseite stets mit zu hohen Löhnen und zu hohen Kosten gegenüber zu niedrigen Preisen. Wir brauchen nur ein paar markante Zahlen anzugeben, um all diese verlogenen Behauptungen zu widerlegen:

Im Steinkohlenbergbau stieg die Förderung je beschäftigte Person von 286,8 Tonnen im Jahr 1913 auf 304,0 Tonnen im Jahr 1930 oder um 6 Prozent; im Braunkohlenbergbau in den gleichen Jahren 1479,8 Tonnen auf 2321,0 Tonnen oder um 56,8 Prozent. In der gleichen Zeit stiegen die Steinkohlenpreise der rheinisch-westfälischen Fettförderkohle von 12,34 Mark auf 16,76 Mark oder um 35,8 Prozent, die der oberschlesischen Gasstückkohle von 14,40 Mark auf 18,22 Mark oder um 26,5 Prozent. Mitteldeutsche Braunkohle für Hausbrandzwecke brachte 1913 im Jahresdurchschnitt 9,49 Mark, 1930 jedoch 15,25 Mark oder über 60 Prozent mehr.

Schon diese wenigen Zahlen zeigen eindeutig, daß nicht nur auf Seiten der Arbeiterschaft eine Leistungssteigerung zu

verzeichnen ist, sondern gleichzeitig eine ganz beträchtliche Preissteigerung von Seiten der Unternehmer. Wollten die Zechenherren dies mit erhöhten Löhnen begründen, so halten wir ihnen nur je zwei Zahlen aus dem Stein- und Braunkohlenbergbau entgegen: Im Steinkohlenbergbau betragen 1913 die gesamten Aufwendungen für Löhne und Gehälter 53,0 Prozent, im Jahre 1930 aber 53,1 Prozent vom Wert der Förderung, sind also nicht gestiegen. Im Braunkohlenbergbau sind die Lohnaufwendungen sogar beträchtlich, nämlich von 41,5 auf 34,9 Prozent gefallen! Mit solchen Ergebnissen sollten die Gewerkschaften in Lohnverhandlungen den Schlichtern und dem Reichsarbeitsminister aufwarten. Dann wollen wir einmal sehen, wie eine Lohnsenkung noch gerechtfertigt werden kann, zumal seit 1930 die Löhne ja schon wieder herabgesetzt worden sind, während die Ausbeute je beschäftigte Person weiter angestiegen ist. Herauf mit den Bergarbeiterlöhnen, herunter mit den Kohlenpreisen, das ist der einzig logische Schluß aus diesen Zahlen, für deren Richtigkeit das dem Reichswirtschaftsministerium unterstellte Statistische Reichsamts — sie entstammen dem Statistischen Jahrbuch! — voll und ganz eintritt!

sorgungsrenten, gibt es keine Wartezeiten!). Denn die russische Sozialversicherung ist vom Staate gesichert. Der Staat ist Träger der Sozialversicherung.

An der Verwaltung der Versicherungskassen sind die Arbeitgeber nicht beteiligt. Diese erfolgt ausschließlich durch die Versicherten selbst unter maßgeblicher Mitwirkung der Gewerkschaften.

Diese einheitliche russische Sozialversicherung sollte grundsätzlich bei allen Arten Unfällen des Lebens eintreten, die einem arbeitenden Menschen die Arbeitsfähigkeit nehmen, oder ihn in der Arbeitsfähigkeit behindern könnten. Sie sollte zwar den entstehenden Lohnausfall möglichst vollkommen decken — als ihr erstes und wichtigstes Ziel war aber von vornherein

nicht Versorgung, sondern Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit gedacht. So sind auch in der Praxis die für Renten ausgegebenen Summen gering (insbesondere in der Alters-, Invaliden- und bis 9. Oktober 1930 Arbeitslosenversicherung, die dann mit der Begründung ihre Unterstützungen einstellte, daß in Rußland jeder ehrlich

arbeitende Mensch Arbeit finden könne; er muß dabei allerdings augenblicklich noch oft schlechte Lebensbedingungen in entlegenen Provinzen in Kauf nehmen. Die für produktive Zwecke und für vorbeugende Gesundheitsfürsorge ausgegebenen Beträge sind verhältnismäßig hoch (materielle Unterstützung Arbeitsloser bei Zusammenschlüssen zu kollektiver Produktion, Anlernung und Umschulung von Arbeitern, Krankengeld in voller Höhe des Lohnes, Erholungsheime, Sanatorien für Tuberkulose im ersten Stadium usw.). Gesunderhaltung der Arbeiter, Eingliederung in den Produktionsprozeß — das ist die Parole der Sozialversicherung in Sowjetrußland. Aller Nutzen aus der Produktion den arbeitenden Menschen — aber auch alle Produktionskräfte ohne Rücksicht auf irgendwelche persönlichen Interessen dem Staate, der diesem Ziele dienen will. Die russische Sozialversicherung schützt nur die Arbeitskraft, die sich dem Staate bedingungslos zur Verfügung stellt. Sie kann es sich nicht leisten — und will es zum Teil auch nicht — unproduktive Elemente überhaupt oder ausreichend zu versorgen.

Die Schrumpfung der Weltwirtschaft

Nirgends läßt sich das Versagen des Kapitalismus besser ablesen als an dem Barometer der Produktionsstatistik. Schon längst ließ sich berechnen, daß der Rückgang der Weltproduktion bis nahe an das Niveau der Vorkriegszeit nur durch die Steigerung der Produktion in den Vereinigten Staaten aufgehalten wurde. Es ist wichtig, daß jetzt, nachdem die Periode der „Prosperity“ auch in Amerika ihr Ende erreicht hat, das Institut für Konjunkturforschung neben der bisherigen Indexziffer, die auf Grund der internationalen Branchenstatistiken errechnet, eine Reihe von Fehlerquellen aufwies, eine neue Ziffer errechnet hat, die die industrielle Weltproduktion durch Zusammenfassung von Regionalreihen feststellt und damit auch die verarbeitende Industrie erfaßt. Das Ergebnis, das sich allerdings nur auf die 10 hochindustrialisierten Länder (Vereinigte Staaten, Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Rußland, Japan, Kanada, Schweden, Polen, Oesterreich) erstreckt, gibt immerhin Aufschluß über 77 Prozent des gesamten industriellen Funktionsvolumens der Welt. Es zeigt folgendes Bild:

Jahr	monatliche Berechnung (10 Länder)
1925	88,6
1926	89,9
1927	95,7
1928	100,0
1929	107,8
1930	93,9
1931	80,8

Seit dem konjunkturellen Höhepunkt im Jahre 1929 setzt sich die Produktionsdrosselung in der ganzen Welt bis zur Gegenwart in dem Maße fort, daß sie heute nur rund 10 Prozent über Vorkriegsstand liegt. Zwei Drittel des Aufschwungs der Nachkriegszeit sind wieder verloren gegangen.

Naturngemäß ist der Rückgang in den Produktionsmittelindustrien besonders groß. Daß er in den Verbrauchsgüterindustrien relativ geringer ist, ist der Beweis dafür, daß die untere Grenze, die durch den Lebensbedarf der Bevölkerung gegeben ist, nahezu erreicht ist.

Alle Versuche der Wiederankurbelung der Wirtschaft durch Wirtschaftsbeiräte und ähnliches müssen ein Schlag ins Leere bleiben, nachdem der Lebensnerv der Weltwirtschaft, die Produktionsbasis, in dieser Weise erschüttert ist. Hier hilft kein Palliativmittelchen mehr; hier geht es um eine grundsätzliche Neuordnung der Wirtschaft auf der Grundlage einer vollständig neuen, der sozialistischen Produktionsweise.

Reichspost in der Krise

Vierteljahresbericht der Reichspost.

Berlin, 4. November.

Die Deutsche Reichspost veröffentlicht soeben ihren Bericht über das 2. Viertel (Juli bis September) des Rechnungsjahres 1931.

Auch an der Reichspost geht die Krise nicht spurlos vorbei.

Die Postscheckkonten vermehrten sich im Berichtsvierteljahr um 6252 auf 1 008 856. Ausgeführt wurden 178 Millionen Buchungen über 30 Milliarden RM, von denen rund 24 Milliarden RM bargeldlos beglichen wurden.

Es wurden 6,8 Millionen Telegramme befördert und über 597 Millionen Gespräche vermittelt gegen 8,6 Millionen Telegramme und 629 Millionen Gespräche im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Zahl der Sprechstellen ging im Berichtsvierteljahr um 21 019 auf 3 221 725 zurück.

Die Zahl der Rundfunkteilnehmer hat sich um 12 354 auf 3 731 948 erhöht, von denen 218 191 Inhabern — Blinden, Schwerkriegsbeschädigten, Krisenunterstützungsempfängern usw. — die Gebühren erlassen waren. In den Monaten April bis Juni 1931 wurden 820 Schwarzahörer rechtskräftig verurteilt.

Im Kassenabschluss werden die Einnahmen mit 487 Millionen RM, die Ausgaben mit 596 Millionen RM ausgewiesen.

Das Durchschnittsalter der Handelsflotten

Auf Grund einer Statistik der Vereinigung amerikanischer Schiffswerften ergibt sich, daß der Prozentsatz für die unter 10 Jahre alten Schiffe mit 50,2 vH. gegenüber anderen Ländern in Deutschland am größten ist. An zweiter Stelle befindet sich Norwegen, dessen Handelsflotte bis zu 47,9 vH. aus unter 10 Jahre alte Schiffe besteht. Der Reihenfolge entsprechend folgt Holland mit 45,3 vH., Großbritannien mit 44,6 vH., Dänemark mit 40,4 vH. und Frankreich mit 33,2 vH. Aus dieser Statistik ist ersichtlich, daß Deutschland augenblicklich die modernste Handelsflotte Europas besitzt.

Weinlese in Berlin

Wenn ein Lastkraftwagen mit einem Obstkarren zusammenprallt, so wird das dem großen Automobil nicht besonders weh tun. Dem Handwägelchen aber können dabei die Knochen brechen. Der Obsthändler, dessen „fliegendes“ Geschäft an einer Straßenecke im Nordosten Berlins auf diese Weise zu Brennholz zermalmt wurde, konnte einem leid tun. Trauernd sah er seine Habe untergehen, und ehe er sich noch zu einigen durchaus verständlichen Schimpfwörtern aufraffen konnte, war das grausame Trampeltier auf geräuschlosen Gummipfoten in der Nebenstraße verschwunden. Was zurückblieb, war ein verzweifelter Obsthändler, eine Fuhre Brennholz und etwa ein Zentner Weintrauben, die das Pflaster garnierten. Und um dieses Stilleben herum standen bald etwa 30 Leute, Frauen, junge Burschen Arbeitslose. Man diskutiert eifrig die Schuldfrage, ohne zu einem eindeutigen Ergebnis zu gelangen. Zwei Jungens fanden es jedoch erheblich nützlicher als jede Diskussion, sich verstoßen zu bücken und sich die Taschen mit den goldglänzenden Beeren zu füllen. Das Beispiel machte Schule. Der Obsthändler, wehrlos und resigniert, meinte: „Vakooon kann ich det Zeich doch nich mehr, freßt, soviel ihr wollt!“ Dann begab er sich auf die Suche nach einem Schupo, dem er sein Leid klagen könne.

Von den Weintrauben war bald nicht mehr viel zu sehen. Was nicht sofort in die Kehlen wanderte, fand in den Taschen und Einkaufsnetzen seinen Platz. Des einen Leid ist der anderer Freud. Ein bärtiger Urberliner meinte zwar, er sei für gekelterte und verzogene Weintrauben besser zu haben als für den Wein in dieser Form; aber er stopfte sich dennoch die Taschen voll und bemerkte, ehe er langsam davontippelte, in entschuldigendem Tonfall: „Damit die Kinder ooch mal wat Jutes kriegen...“

Als endlich der Obsthändler mit dem „Blauen“ zurückkam, war nur noch das Brennholz da und einige verstoßen kauende Neugierige, die sich bald heftig in die Erörterungen über den Verlauf der Katastrophe einmischten. „Wenn er den Autofritzen nicht zu fassen kriecht, denn muß er sich eben an die Versicherung halten“, meinte ein besonders Schläuer. Der Schupo machte einige Notizen, forderte ohne sichtbaren Erfolg zum Weitergehen auf und ging schließlich selbst weiter. Der Händler aber, der sich anscheinend mit seinem Unlück innerlich bereits abzufinden gewußt hatte, tat das beste, was jetzt noch zu tun blieb: er verkaufte das Brennholz meistbietend und zog schließlich, traurig aber gefaßt, mit einer Mark in der Tasche ab.

Nach fünf Minuten war an der Unfallstelle keine Spur der Katastrophe mehr zu sehen.

E. J.

Mißtrauensantrag gegen Stadtverordnetenvorsteher Haß

Die deutsch-nationale Fraktion im Berliner Rathaus hat der Berliner Stadtverordnetenversammlung folgenden Dringlichkeitsantrag unterbreitet:

Während der Vorbereitung der Wahlen für den Oberbürgermeister Dr. Sahn, den Bürgermeister Elsas und den Stadtrat Asch sind dem Stadtverordnetenvorsteher Haß vom Oberbürgermeister schriftlich und von den beiden anderen Herren mündlich die Bedingungen formuliert worden, unter denen sie bereit seien, eine auf sie fallende Wahl anzunehmen. Der Stadtverordnetenvorsteher Haß hat sowohl als Vorsitzender des Wahlausschusses der Stadtverordnetenversammlung diesem Ausschuss, wie auch als Berichterstatter dieses Ausschusses der Vollsitzung der Stadtverordnetenversammlung die Tatsache dieser Bedingungen und ihren materiellen Inhalt verschwiegen. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt daher: Der Stadtverordnetenvorsteher Haß besitzt nicht das Vertrauen der Versammlung.

Um die Getränkesteuer

Der Magistrat hat in seiner Mittwoch-Sitzung beschlossen, dem Ersuchen der Stadtverordnetenversammlung auf Aufhebung der Getränkesteuer nicht beizutreten, besonders nachdem die Reichsregierung jetzt die Geltungsdauer der Getränkesteuer über den 1. April 1932 hinaus auf unbeschränkte Zeit verlängert hat.

Teilzahlung der städtischen Gehälter am 10. November

Dem Stadtkämmerer ist es gelungen, die Mittel zur Auszahlung eines weiteren Teiles der Gehälter am 10. November zur Verfügung zu stellen. Infolgedessen erhalten sämtliche Beamte und Festangestellte am 10. November eine Teilzahlung von 100 RM., falls ihnen aber für November überhaupt nur noch Beträge bis zu 100 RM. zustehen, den vollen Betrag. Sämtliche Versorgungsempfänger (ehemalige Beamte, Festangestellte, Angestellte und Arbeiter sowie deren Hinterbliebene) erhalten am 10. November die vollen Restbezüge für November.

Kirchensteuer und Kirchenaustritt

Das Kirchensteuerjahr geht im nächsten Vierteljahr zu Ende. Da im Gesetz vorgesehen ist, daß eine bestimmte Frist über den Kirchenaustritt hinaus Kirchensteuern zu zahlen sind, tun alle diejenigen, welche die

Kriegsopferprotest gegen die Notverordnungs politik

Der Gau Berlin des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen veranstaltete im Stadtverordnetensitzungsaal des Rathauses seinen 12. ordentlichen Gautag. 150 Delegierte aller zum Gau Berlin gehörenden Ortsgruppen sowie zahlreiche Gäste und Behördenvertreter waren erschienen.

Der vorgelegte Geschäftsbericht des Gauvorstandes wurde einer eingehenden Diskussion unterzogen und fand im allgemeinen die Zustimmung der Delegierten.

Zu dem Kapitel Versorgung, Fürsorge und Versorgungsrechtsprechung wurde die vom Gauvorstand vorgelegte Entschließung einstimmig angenommen. Diese

Entschließung hat folgenden Wortlaut:

„Der 12. ordentliche Gautag des Gau Berlin im Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen hat zum gegenwärtigen Stand der Versorgung, Fürsorge und Versorgungsrechtsprechung eingehend Stellung genommen.“

Obwohl auch seitens der Regierungen immer und immer wieder die Reformbedürftigkeit der Versorgung und Fürsorge anerkannt wurde, stehen die Taten der Regierung hierzu im schroffen Widerspruch und bedeuten weitere Verschlechterung.

Mit dem Erlaß und der Durchführung zahlreicher Notverordnungen sind Eingriffe von unerhörten Ausmaßen auf dem Gebiete der Versorgung und Fürsorge der Kriegsopfer erfolgt.

Die Anrechnung der Rente bei den erwerbslosen Versorgungsberechtigten, Anrechnung des aus öffentlichen Mitteln bezogenen Einkommens auf die Rente, Anrechnung des Einkommens der Kinder auf die den Hinterbliebenen zustehende Zusatzrente, Berücksichtigung eventuellen Einkommens der Ehefrau bei Gewährung der Zusatzrente an die Beschädigten haben schwerste Gefährdung der Lebenshaltung aller Kriegsopfer mit sich gebracht.

Die den Kriegsopfern gesetzlich garantierte gehobene Fürsorge besteht fast nur noch dem Namen nach.

Die Herausnahme der Leichtbeschädigten und sogenannten erwerbsfähigen Witwen aus

dem Kreise der Zusatzrentenbezieher hat zu unhaltbaren Zuständen und grenzenloser Not geführt.

Die jetzigen Bestimmungen bei der Gewährung von Erziehungsbefürsorge in vielen Fällen die Berufsausbildung unmöglich.

Tiefste Erbitterung muß die Behandlung der Kriegereltern hervorrufen, die durch die Maßnahmen der Reichsregierung bitterster Verzweiflung ausgesetzt werden.

Die Beschneidung der Rechtsmittelmöglichkeiten ist nur ein weiteres Glied in der Kette der Entrechtung der Kriegsopfer.

Der 12. ordentliche Gautag fordert deshalb von der Regierung und den politischen Parteien die Aufhebung aller in den einzelnen Notverordnungen erlassenen Bestimmungen, soweit sie auf die Versorgung, Fürsorge, Rechtsprechung und sonstige Sozialpolitik Bezug haben.

Die Kriegsopfer empfinden es als eine Nichtachtung ihrer durch gigantische Opfer an Leben, Gesundheit und Daseinsfreude geheiligten wohlverworbenen Rechte, daß ihre Versorgung, die bisher schon unzureichend war, mit dazu dienen soll, das Defizit des Reiches zu decken.

Der Gautag richtet daher an den Bundesvorstand die Bitte, im rücksichtslosen Kampfe gegen das an den Kriegsopfern begangene schreiende Unrecht nicht nachzulassen.

Das Ziel des gegenwärtigen Kampfes ist die Wiederherstellung des alten Rechtszustandes vor Erlaß der Notverordnungen.

Die Delegierten des Gautages geloben, nach wie vor den Bundesvorstand bei der Verteidigung der Rechte der Kriegsopfer und im Kampfe um die Rückeroberung genommener Rechte rückhaltlos zu unterstützen.“

Die am Schluß der Tagung vorgenommene Wahl des Gauvorstandes ergab mit nur einer Änderung die Wiederwahl des bisherigen Gauvorstandes.

Proteste allein bringen den Kriegsopfern keine Hilfe. Sie müssen den Kampf gegen die skandalöse Notverordnungs politik aufnehmen, die auch vor ihren wohlverworbenen Rechten nicht halt gemacht hat. Dieser Kampf aber ist ein politischer Kampf, er kann nur mit und in der SAP geführt werden.

Helldorf hat Senge bezogen

Im Helldorf-Prozeß gab es am Mittwoch vormittag eine kleine Sensation. Der Verteidiger des Nazigrafen, Rechtsanwalt Triebel, gab dem Gericht davon Mitteilung, daß Helldorf am Dienstag im Untersuchungsgefängnis von acht Kommunisten überfallen und mißhandelt worden wäre, weshalb er dem Gang der Verhandlungen nicht recht werden folgen können. Wie wir erfahren, hat sich der Vorfall im Untersuchungsgefängnis so abgespielt, daß Helldorf, als er am Dienstag zum Baden ging, mit einem Mitgefängenen ins Handgemenge kam und dabei geschlagen wurde. Auch einige andere Gefangene sollten zugeschlagen haben. Gefängnisbeamte trennten die Kampfhähne jedoch sofort, so daß die Lektion, die Helldorf bezogen hat, nicht allzu fühlbar gewesen sein

Spitzelarbeit?

In der Nähe eines Verkehrslokals der NSDAP wurden, nach einer Wolff-Meldung, am Dienstagabend gegen 23 Uhr von dort stationierten Polizeibeamten drei verdächtige Personen beobachtet und in der Triftstraße gestellt. Bei zwei von ihnen fand man geladene Pistolen. Es soll sich um KPD-Angehörige handeln. Einer der Festgenommenen gab an, einen Anschlag auf das Verkehrslokal geplant zu haben (?). Alle drei wurden der Politischen Polizei übergeben.

Vandalismus im Friedrichshain

Im Friedrichshain haben in der Nacht zum Mittwoch am Märchenbrunnen noch unbekannte Täter einige der wundervollen Triffsteine, die Gestalten aus den deutschen Märchen darstellen, in brutaler Weise beschädigt. Von den Tätern hat man noch keine Spur.

Auf offener Straße niedergeschossen

Zu einer wüsten Schießerei kam es Dienstagabend gegen 23 Uhr in der Nähe des Alexanderplatzes. Vor dem Hause Neue Königstr. 43 wurden die 24 Jahre alte Hausangestellte Frieda Reichardt und der 23jährige Maschinenschlosser Max Kinzel aus der Weinstadt von dem 26 Jahre alten Kaufmann Arnold Hübnert mehrere Revolverschüsse niedergestreckt. Um die angegebene Zeit entstand zwischen den dreien in der Neuen Königstr. ein Wortwechsel, in dem Hübnert plötzlich und ohne jeden Grund einen Trommelrevolver zog und mehrere Schüsse auf die beiden abgab. Ohne sich um seine Opfer zu kümmern, floh er in Richtung Alexanderplatz und schoß auf die ihn verfolgenden Passanten. Als er den ersten Revolver leer geschossen hatte, warf er ihn weg, zog eine zweite Pistole und gab nochmals mehrere Schüsse auf seine Verfolger ab. Erst in der Landsberger Straße

gelang es einer Polizeistreife, die ihn über den Georgenkirchplatz verfolgt hatte, ihn festzunehmen. Das Mädchen hatte einen schweren Lungensteckschuß und einen Wadenschuß und Kinzel einen Lungensteckschuß davongetragen. Beide wurden über die Rettungsstelle nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht. Hübnert, der sich erst seit einigen Tagen in Berlin aufhält, soll die Tat aus Eifersucht begangen haben.

Kleine Berliner Nachrichten

Im Sklarek-Prozeß wurde am Mittwoch vormittag der Angeklagte Roderich Luding vernommen, dem passive Bestechung zur Last gelegt wird und der bis zum Oktober 1929 Buchprüfer beim Finanzamt Berlin-Mitte war und als solcher im Jahre 1926 den Auftrag bekam, die Bücher der Sklareks auf die Richtigkeit der abgegebenen Steuererklärungen und Gewinne zu prüfen. Luding hat damals in seinem Bericht erklärt, daß die Bücher sauber und ordentlich geführt und beweiskräftig seien. Am Mittwoch gab er an, daß die Sklareks 30—40 000 Mark Steuer mehr hätten zahlen müssen.

Wegen fortgesetzter passiver Bestechung und Urkundenbeseitigung wurde der frühere Stadtingenieur Paul Feustel, der beim Bezirksamt Tempelhof beschäftigt war, vom Schöffengericht Tempelhof zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Die Stadt soll durch die Manipulation Feustels nicht geschädigt sein.

Der Winterhilferummel zieht täglich weitere Kreise. Nimmher will auch die Luftbansa mitmachen. Die Erwerbslosen und Unterstützungsempfänger wollen Bettelpfennige und abgelegte Kleider aber nicht haben, sie verlangen nur Arbeit oder, wenn man ihnen die nicht geben kann, Unterstutzungen in einer Höhe, die ihnen ein menschenwürdiges Leben gewährleistet.

Ein neues städtisches Museum soll geschaffen werden. Oberbürgermeister Dr. Sahn hat im Verein der Freunde des Märkischen Museums zum Ausdruck gebracht, daß „in einer besseren Zeit“ das Ephraimsche Palais am Mühlendamm städtisches Museum werden soll.

Ein Kabelbrand entstand am Mittwoch früh gegen 6 Uhr im Stellwerk des Potsdamer Vorortbahnhofs. Er wurde von der Feuerwehr schnell gelöscht, jedoch wurden die Signalanlagen für längere Zeit lahmgelegt. Die Vorträge konnten die Strecke eine Zeitlang nur auf mündlichen Befehl passieren, wodurch es einige Verspätungen gab.

Durch Gasvergiftung tödlich verunglückt ist in ihrer Wohnküche in der Brandenburgerstraße 19 die 61jährige Hermine Reichel. Der Tod muß schon vor einigen Tagen erfolgt sein, da die Leichenstarre bereits eingetreten war dürfte.

Premnitz (Westhavelland)

Die Wohlfahrtsorganisation der SAP. In diesen Tagen fand eine Besprechung der Mitglieder der Wohlfahrtsorganisation der Partei statt. Genosse Meschkat gab einen Überblick über die bisher geleistete Arbeit. Der kommende Winter fordert von allen Genossen große Aufmerksamkeit bei der Arbeit im Dienste für die Notleidenden. Die Mittel sind beschränkt, sie müssen zweckentsprechend eingesetzt werden. Die Sorge für die Opfer des kapitalistischen Systems ist vornehmste Aufgabe der Sozialisten.

Versammlungskalender der SAP

Ortsgruppe Schöneberg: Mittwoch, den 11. Nov., 10 Uhr, Versammlung bei Geil, Merseburger Str. 7. — Neuaufnahmen für die Ortsgruppe Schöneberg sind zu richten an Robert Schriftenberg, W 30, Gleditschstraße 16.
Ortsverein Köpenick: Donnerstag, den 12. Nov., 1949 Uhr, Mitgliederversammlung bei Grabsch, Schloßstr. 11. Referat: Unser Aktionsprogramm.

SAP

Organisations-Nachrichten.

Partei-Büro:
Breslau 6, Friedrich-Wilhelm-Straße 16
Bürozeit von 9—13 und von 16—19 Uhr.
Sonntags von 9—14 Uhr. Tel. Nr. 367 69.
Donnerstag, den 8. November, 19.30 Uhr.
Neukölln H: Jugendheim, Kaiser-Friedrich-Str. 4 (am Hermannplatz). Vortrag: Sowjetrußland.
Frankfurter Allee: Jugendheim, Frankfurter Allee 307.
Wir haben einen gemeinsamen Gruppenabend SJV mit den ehemaligen SPD-Genossen. Thema: „Die Einheit der proletarischen Jugend.“
Gen. Willy Kufmann.
Balkan-Hugo Haase: Jugendheim, Prenzlauer Allee 34.
Proletarische Wehrhaftigkeit.
Schönhauser Viertel Paul Levi: Wir treffen uns Gleim-Ecke Sonnenburger Str. — Wichtige Besprechung.
Charlottenburg-Mitte: Lokal Reimer, Wilmersdorfer Str. Ecke Oranienstraße. Die Organisation im Klassenkampf (1. Abend: Bürokratie — Reformismus).
Mitteilung der BL: Die noch nicht verkauften Karten der Revolutionskundgebung sofort abbrechen. — Nehmt die Wahl der Delegierten für unsere Bezirkskonferenz vor. Voranzeitige: Alle Spieltruppen am Sonntag, den 7. Nov., um 19 Uhr im Jugendheim, Prenzlauer Allee. Thema: 1. Ideologischer Aufbau. — 2. Aufbau der Spieltruppen — ihr Zweck.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Will Schaber, für Inserate: Johannes Hoffmann. Verlag: Siebel Zeitungs-Verlagsges. m. b. H. Druck: Georg Koenig, sämtlich in Berlin O 27, Magazinstr. 15/16.

Bezugspreis für einen Monat durch die Expedition: RM 2.40 einschließlich Bestellgeld. Durch die Post bezogen: RM 2.10 und RM —.36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen: RM 2.10 und RM —.36 Zustellgebühr. Unter Kreuzband: RM 2.10 monatlich zuzüglich RM 1.30 Porto.

„SAZ“ Sozialistische Arbeiterzeitung erscheint täglich außer Montagen

Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialtarife für die Verbreitungsgebiete.

Alle Zahlungen sind zu leisten an: „Siebel Zeitungs-Verlagsges. m. b. H.“, Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 153 928.

Redaktion: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16, Tel. Kupfergraben E 2 2904
Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstraße 15/16, Tel. Kupfergraben E 2 2905.

Umgang mit Kurzsichtigen

Von Alice Ekert-Rothholz

Pflegen Sie Umgang mit Kurzsichtigen? Glauben Sie mir: ein schwerer Umgang! Die Leute tappen bei hellichtem Tage unsicher herum; alle Dinge liegen für sie in diesem bestimmten, unbestimmten Nebel; und wenn die Leute ihre Brille zu Haus lassen, verursachen sie mit ihren ständigen kleinen Fehlleistungen nur Gelächter und Schaden. — Ein schwerer Umgang!

Neulich lud mich ein kurzsichtiger Herr, der dicht bei der Schwerindustrie wohnt, zum Mittagessen in ein Kessellokal ein. Nachdem sich der Kurzsichtige, der natürlich seine Ersatzgäug zu Haus vergessen hatte, an allen möglichen Gegenständen vergriffen hatte, die die reich gedeckte Tafel schmückten, angelte er endlich die Speisekarte und führte sie dicht an den Mund, um besser lesen zu können. Der Kellner marschierte vor Ungeduld wie die Westfront 1914 und erwartete unsere Befehle . . .

„Ich nehme Genfer Braten!“ entschied der kurzsichtige Herr.

Der Kellner machte dämliche Kulleraugen und war in diesem Moment von tauberhaftem Reiz . . .

„Genfer Braten führen wir nicht!“ sagte er fest, aber entschieden. Bei näherem Hinsehen ergab sich, daß der kurzsichtige Herr auf „Gänsebraten“ getippt hatte.

„Und die Dame?“ glückte der aufgeschreckte Kellner.

Da ich nur eingeladen war und außerdem einen schlichten Untergangsmantel mit Pelzersatz trug, bestellte der Schwerindustrielle vor lauter Takt das „Kleine Arbeitslosenmenü“ zu 25 Pfennig für mich. Dieses bestand aus einem Zahntoaster und ähnlichen Nachspeisen. Es das Essen kam, zankten wir uns.

„Wie sehen Sie überhaupt aus?“ sagte der kurzsichtige Herr mißbilligend und rauchte sich ein Käsemesser an. „Man muß sich ja mit Ihnen in einem bessern Lokal genießen! Warum haben Sie keinen Hut auf?“

Ich trug zwar — wie alle Fräuleins heutzutage — meine Kappe auf dem Hinterkopf; aber so weit konnte der kurzsichtige Herr wieder nicht sehen. . . Ein schwerer Umgang!

In diesem Moment kam unser Essen angerollt. „Wieso ist nichts auf Ihrer Platte?“ fragte mein Gönner beleidigt und goß sich ein Gläschen Essig ein.

Meine Platte war zwar bis zum Rand mit Protesten angefüllt, aber die konnte er nicht sehen vor lauter Genfer Braten . . .

Als mein Gastgeber satt war, besann er sich auf seine gesellschaftlichen Pflichten und begann eine Unterhaltung mit mir.

„Waren Sie seinerzeit im Fridericus-Film?“ erkundigte er sich leutselig.

„Nein“, erwiderte ich und schluckte meinen letzten Protest herunter.

„Sehr niedlich! — Zug drin!“ fuhr der kurzsichtige Herr fort. „Ich geh überhaupt nur noch in historische Filme. Die strengen die Augen nicht an.“

„Wieso?“ fragte ich erstaunt.

„Gott, sind Sie dämlich!“ meinte der Herr und goß sich Rotwein in meinen Ausschnitt. „Natürlich schont man die Augen! Bei so einem Fridericus-Film weiß doch schon jeder vorher, um was sich's handelt. Da braucht man gar nicht mehr hinzusehen. . . Jetzt haben sie wieder einen historischen Film in der Mache. Aus der Zeit der Hakenkreuzzüge. Mit Hitler als Gottfried von Bouillon!“

„Süß!“ sagte ich und ging leise an den Nebentisch, um einem dort aufgebauten Gast seinen Kognak auszutrinken.

Der kurzsichtige Herr hatte indessen meine Serviette entfaltet, um die allerneuesten Meldungen zu lesen.

„Die Zeitung macht mir gar keinen Spaß mehr!“ wandte er sich dann an mich. „Ob das an meinen Augen liegt?“ Da machen sie jetzt dauernd in Wirtschaftsreform, und ich kann nichts sehen! Die ganzen Reden verschwimmen mir vor den Augen . . .“

„Da muß man wohl doch mal schärfer hinschauen“, erwiderte ich sanft. „Wollen Sie die neuen Pläne zur Wirtschaftsreform mal einen Moment durch meine Augen besehen?“

„Nein“, wehrte der kurzsichtige Herr ab. „Danke, Ihre Augen sind mir unsympathisch! Die sind ja so rot! Frauen müssen blaue Augen haben“, und dabei ergriff er meinen kleinen Finger, um seinen dampfenden Mokka umzurühren. „Im übrigen — je näher man hinsieht, desto schlechter wird einem!“

„Nützen Sie aber nicht doch mal was für Ihre Augen tun?“ fragte ich besorgt.

„Wozu?“ gab mir der schwierige Herr zur Antwort. „Solange es nicht beim Arbeiten stört, geht's doch auch so! Ich steh doch nicht allein damit da! Sehen Sie doch unsere Diplomaten an! Geht's denen anders? Alles, was entfernter liegt, verschwimmt ihnen doch auch in diesem bestimmten, bestimmten Kurzsichtigennebel; nur, wo sie mit der Nase draufstoßen — das können sie sehen!“

. . . Ein schwerer Umgang! —

Lunatscharski spricht

„14 Jahre kulturelle Aufbauarbeit in Sowjetrußland“
Ein Vortrag in der Berliner Singakademie

Als vor 5 Jahren Lunatscharski als erster sowjetischer Regierungsmann in Berlin ans Vortragspult trat, beladen mit der verantwortungsvollen Mission, Bresche zu schlagen in die breite Phalanx der Sowjetgegner unter den führenden Kreisen des geistigen Deutschland, da wirkte dieses Auftreten mit der Kraft einer Sensation. Die Behörden waren vertreten, der Reichspräsident führte den Vorsitz, der Intendant der Staatstheater und der Präsident der Bühnengenossenschaft begrüßten, der Saal war viele Stunden vor Beginn überfüllt. Und heute nach 5 Jahren, Wiedersehen ohne alle diese Voraussetzungen und trotzdem das gleiche Bild, das gleiche Publikum, die gleichen turbulenten Szenen an den Kassen, die gleiche fieberhafte Spannung des tausendköpfigen Publikums, nur das inzwischen zum Faschismus abgeschwenkte offizielle Deutschland hält eine Vertretung für überholt und überflüssig. Erwin Baron, Vorsitzender der „Freunde des neuen Rußland“, führt den russischen Staatsmann ein. Er begrüßt in ihm einen Vertreter des soviel gelästerten „Kultur bolschewismus“. Er bedauert, daß dieser Vortrag nicht durch denselben Rundfunk übertragen werden könne, der leider den autoritären Köpfen des neuen Rußland verschlossen bleibe, dafür aber allen möglichen kleinen unbedeutenden Sowjetfeinden um so mehr offen stehe.

Dann betritt Lunatscharski selbst die Rednertribüne. Mit etwas fremdartigem Akzent, in etwas stockendem Deutsch, in dem leider manches verloren geht, was von Interesse ist, entrollt er unter gespannter Aufmerksamkeit ein Bild des kulturellen Aufbaus der Sowjetunion. Er bezieht sich auf einen Vergleich von Albert Einstein, der den wirtschaftlichen und kulturellen Kommunismus als ein Experiment bezeichnet, das unter den ungünstigsten Verhältnissen und in dem armseligsten Laboratorium vorgenommen wurde.

Die moderne Revolution zerfällt in drei Teile: die politische, die wirtschaftliche und die kulturelle Revolution. Die politische Revolution schafft die Mittel für die wirtschaftliche Revolution, die wirtschaftliche die Mittel für die kulturelle Revolution. Ueber den Zeitpunkt der Durchführung der Kulturrevolution gab es in kommunistischen Kreisen selbst Mißverständnisse, man wollte erst durch eine hochentwickelte Technik und eine Hebung des Konsums (der kein wirtschaftlicher mehr ist, sondern ein kultureller Begriff geworden ist) den Abschluß der wirtschaftlichen Revolution abwarten und bestritt deshalb die Dringlichkeit der kulturellen. Aber aus drei Gründen dürfe die dritte Front, die kulturelle, nicht nachhinken, weil der Abschluß der Wirtschaftsrevolution abhängt:

1. von der Schaffung von Qualitätsarbeitern, die ohne eine breite Bildungsarbeit aller nicht denkbar ist;
2. von dem Enthusiasmus, der nur durch eine Arbeit unter den Kindern und der Jugend, durch eine Umschmiedung zu neuen Menschen zu erreichen ist;
3. von der Hebung des Lebens-

standards, ohne die selbst der Enthusiasmus nicht zum Ziele führe.

Die Lösung dieser drei Kulturaufgaben seien die asketischen Formen der Kultur des Aufbau sozialismus, den man aber nicht mit dem vollendeten Sozialismus vergleichen dürfe, der die individuelle Freiheit in der Kulturentwicklung zur Voraussetzung habe.

Lunatscharski gab dann ein auf Zahlenmaterial gestütztes reiches Bild der Kulturentwicklung. Die Bekämpfung des Analphabetismus, der im Zarismus zwei Drittel der Bevölkerung umfaßte, macht gewaltige Fortschritte. Für alle Analphabeten von 6—30 Jahren besteht Schulungspflicht. Mit dem rapiden Sinken des Analphabetismus ist aber der Halbalphabetismus entstanden, so daß nicht nur eine Verbreiterung, sondern auch eine Vertiefung dieser Arbeit gegenwärtig oberstes Gesetz der Sowjets ist. Die Vorarbeit unter den Kindern soll die Durchführung der Schulpflicht erleichtern. Im Zarismus wurden in Kindergärten 100 000 Kinder erfaßt, heute sind es 5 Millionen. Im Jahre 1930 wurde zum ersten Male ein vierteljährlicher Kursus unter allen Jungen und Mädchen der Union im Alter von 8, 9 und 10 Jahren durchgeführt. Im Jahre 1932 wird die allgemeine Schulpflicht in der Sieben-Jahresschule durchgeführt sein. In der Zeit von 1930—1931 ist die Zahl der in der Sieben-Jahresschule erfaßten Kinder bereits von 13 Millionen auf 19 Millionen gestiegen. Die kommunistische Schule unterscheidet sich im Sinne Lenins durch ihre polytechnische Grundlage, d. h. durch ihre Verbindung der allgemeinen Bildung mit der produktiven Arbeit. Der Unterricht erfolgt in der Muttersprache. Zu diesem Zweck hat die Sowjetregierung 50 Alphabete schaffen müssen, um den bestehenden Sprachgruppen eine Schriftsprache anzugleichen. 20 000 Esperantolehrer sind gegenwärtig tätig. Hochschulen gibt es fünfmal soviel wie unter dem Zarismus. Das Studium geschieht auf Staatskosten.

Die Auflage der Zeitungen hat die des Zarismus weit überboten, die der Druckschriften steht schon in gar keinem Verhältnis zur Vorkriegszeit mehr. Die Wissenschaft macht gegenwärtig einen Planierungsprozeß durch, d. h. sie widmet ihre Energien mehr als in einem andern Lande den praktischen, konkreten Aufgaben. Die Kunstentwicklung ist ausgezeichnet, namentlich in Literatur und Theater, dagegen bleiben bildende und Tonkunst weit zurück, im Film ist die Umstellung auf den Tonfilm durchgeführt. Grandios ist die Entwicklung der Architektur, die vor ungeheure Aufgaben gestellt wird, die sie glänzend erfüllt. Eine Reihe gänzlich neue Städte sind so entstanden.

Lunatscharski schließt: „Wir werden den Ungläubigen zeigen, daß wir nicht nur das Fundament des kulturellen Aufbaus zu legen vermögen, sondern auch die höheren Stufen erklimmen können, damit auch sie das Experiment als gelungen bezeichnen müssen!“

Walter Ehrmann.

Die Logik und der Minister

Von Arkadij Awertschenko

Bei der Regierung eines Landes erschien ein junger Mann mit spitzbübischem Gesicht und sagte:

„Führen Sie mich zu einem techaisch vorgebildeten Minister. Ich habe eine wichtige Mitteilung zu machen.“

„Welcher Art wäre Ihre Mitteilung?“ fragte man ihn.

„Militärischer Art. Ich habe eine wichtige Entdeckung im Flugzeugbau gemacht und will sie verkaufen.“

Alle waren sehr erfreut und führten ihn gleich zum Kriegsminister.

Der Kriegsminister war auch sehr erfreut. Er bot dem Erfinder höflich einen Platz an und sagte:

„Bitte, erklären Sie mir Ihre Erfindung genau!“

Der junge Mann breitete vor dem Minister mehrere Pläne und Zeichnung aus und sagte:

„Ich habe einen Luftkruzer erfunden, viel ausdauernder und tragfähiger als alle bisher bekannten Luftschiffe. Er ist von den Veränderungen in der Atmosphäre ganz unabhängig und überdies unverletzbar.“

Der Minister überprüfte alles genau und sagte:

„Ja, das stimmt! Was wünschen Sie für Ihre Erfindung?“

„Eine Million!“

„Sehr wohl!“ sagte der Minister und um-

armte den jungen Mann. „Hier haben Sie einen Scheck auf die Staatsbank. Gehen Sie sofort hin! Sie bekommen noch heute die Million!“

„Ich habe aber noch etwas für Sie,“ sagte zögernd der Unbekannte.

Ja? . . . Was denn?“

„Ich habe nämlich ein Geschütz erfunden, das selbst dieses Luftschiff herunterschießen kann. Vor meinem Geschütz ist überhaupt kein Flugzeug sicher.“

„Das ist seltsam . . .“ sagte der Minister. „Sie sollten sich eigentlich schämen! . . . Sie haben ein so großartiges Luftschiff erfunden und . . . und gegen das Luftschiff ein Geschütz! Das ist sogar unanständig!“

„Ich sehe darin nichts Unanständiges“, lachte der Unbekannte. „Die Kriegstechnik muß fortwährend vervollkommen werden, wenn wir überhaupt Aussicht haben sollen, im Kampf gegen den Feind zu bestehen!“

„Hm . . . allerdings . . . ich würde es aber eher verstehen, wenn ein anderer das Geschütz erfunden hätte . . .“

„Ist es Ihnen nicht einerlei, Herr Kriegsminister? Wäre es Ihnen lieber, wenn ich mir eine graue Perrücke und eine blaue Brille aufsetzte, um mich Ihnen als der andere vorzustellen?“

Der Minister sah das ein, denn er war gar nicht dumm.

„Sie haben recht!“ sagte er, „Für Kinde-

reien haben wir kein Verständnis und keine Zeit . . . Wir müssen Ihnen also für die neue Erfindung wieder zahlen, wieviel?“

„Eine Million!“

Der Minister schrieb noch einen Scheck über eine Million und reichte ihn dem Erfinder. Er klopfte ihm dann noch huldvoll auf die Schulter.

„Sie sind ein sehr fähiger, junger Mann!“ sagte er.

„Und oh!“ lachte der Unbekannte. „Ich bin sehr fähig.“

„Tatsächlich!“ sagte der Minister. „Sie haben ja ein so schreckliches Geschütz erfunden.“ — Der Erfinder wehrte bescheiden ab. „Nicht so schrecklich wie es scheint . . .“

„Wieso nicht?“ sagte der Minister. „Wie ich aus Ihren Zeichnungen ersehen!“

„Allerdings!“ bestätigte der Erfinder. „Für die Luftschiffe, wie sie heute sind, ist mein Geschütz gewiß schrecklich, aber . . .“ Der Unbekannte zwinkerte dem Minister zu. „Aber was werden Sie sagen, wenn ich Ihnen ein kleines Geheimnis anvertraue . . . Ich habe für den Luftkruzer eine besondere Hülse erfunden, die selbst meinem Geschütz widersteht!“

Der Minister griff sich an den Kopf.

„Sie wollen mich zur Verzweiflung bringen! Das ist ehrlos, ja, niedrig vor Ihnen, solchen Spott mit mir zu treiben!“

Der Unbekannte sah düster drein. „Ich sehe darin nichts Niedriges. Was haben Sie an mir auszusetzen? Ist mein Luftschiff etwa schlecht? Es ist gut, großartig gut. Ist mein Geschütz schlecht? Das beste Geschütz, das es heute gibt!“

„Ja, aber Sie hätten mir gleich Ihre Wunderhülse anbieten können!“

„Wo denken Sie hin“, erwiderte kühl der Unbekannte. „Die Entwicklung der Kriegstechnik wie der gesamten Kriegsführung erfolgt langsam und allmählich. Sprünge gibt es hier nicht!“

Der Minister wollte einwenden, daß es ihm lieber wäre, wenn ein anderer diese neue Erfindung gemacht hätte, aber er befürchtete, daß der Unbekannte sich wieder erbötig machen würde, eine Perrücke aufzusetzen, und fragte kurz:

„Wieviel?“ — „Eine Million!“

„Nehmen Sie eine halbe Million!“ — „Ein anderes Land würde mir zwei Millionen geben!“ Der Minister seufzte schwer und stellte einen dritten Scheck über eine Million aus. Der Unbekannte erhob sich, drückte dem Minister die Hand und machte zwei Schritte gegen die Tür.

„Sind Sie aber sicher, daß die Hülse selbst dem größten Geschütz trotzen wird?“ fragte noch einmal der Minister auf alle Fälle.

„Garantiert! — solange keine neuen Geschosse erfunden werden“, antwortete lächelnd der Unbekannte. — „Hoffentlich werden keine neuen Geschosse erfunden werden“, tröstete sich der Minister.

„Doch, sie werden erfunden werden!“ —

„Alle Teufel! . . . Wann?“ — „Sie sind schon erfunden!“ — „Von wem?“ — „Von mir!“

„O verflucht! . . . Warum schweigen Sie?“

„Ich schweige ja nicht! Ich gestehe Ihnen offenherzig: solche Geschosse sind schon erfunden!“ Der Minister lachte wild: „Nun werden Sie uns Ihre neuen Geschosse zum Kauf anbieten? . . . Und wenn wir diese gezahlt haben, werden Sie Ihre spitzbüßische Larve in ein abscheuliches Lächeln verzerren und andeuten, daß sie wieder einen neuen Panzer erfunden haben, der selbst diesen Geschossen trotzt! Gestehen Sie, daß ich richtig geraten habe!“

„Ja, ich gestehe, daß Sie diesmal richtig geraten haben“, sagte kleinlaut der Unbekannte.

Der Minister riß sich ein Büschel Haare aus dem Kopf und heulte: „Verflucht sollen Sie sein, Blutsauger! Sie treiben unser Land in den Ruin! Sagen Sie mir wenigstens, wer Sie sind, wie Sie heißen, damit unser verarmtes und verblutetes Volk Ihnen auf allen Straßenecken fluchen kann! . . .“ — Der Unbekannte wendet sich zum Ausgang. Sein Gesicht war blaß; seine blassen Lippen zitterten.

„Sie können schimpfen und fluchen, soviel Sie wollen“, sagte er. „Davon werden Sie nicht gescheiter und ich nicht gemeiner. Wer ich bin, brauche ich Ihnen nicht erst zu sagen. Wenn Sie sich beruhigt haben, werden Sie schon darauf kommen, daß ich die fleischgewordene Logik, der gesunde Menschenverstand auf zwei Beinen bin! Sie sind nicht dumm, aber auch nicht klug genug, um im Augenblick nicht zu begreifen, daß es gleichgültig ist, ob unser Land und unser Volk in zehn Jahren oder in zehn Minuten zugrunde gerichtet werden. Bei Ihnen ist der wahre, gesunde Menschenverstand erschienen, und Sie wollen ihn mit ein paar Ohrfeigen erledigen, Sie armseliger Mensch! Allerdings, ich, der gesunde Menschenverstand, habe bei Ihnen nichts zu suchen! Jeder richtet sich nach seinem Geschmack zugrunde! . . . Sie haben selbst nicht den Mut, sich ein für allemal zugrunde zu richten! . . . So entschuldigen Sie die Belästigung! Sie werden mich nie mehr wiedersehen!“

Und der Unbekannte eilte fort von der Regierung des obenerwähnten Landes.

Der Brandherd im fernen Osten Japan stößt weiter vor

Eine harte Nuß für den Völkerbund

Die Krise im Fernen Osten scheint sich immer mehr zu verschärfen. Bekanntlich hat die japanische Regierung jede Intervention des Völkerbundes abgelehnt und hat sich strikte geweigert, mit der chinesischen Regierung zu verhandeln. Japan hat weiter darauf bestanden, daß erst seine Bedingungen von den Chinesen akzeptiert würden, bevor es seine Truppen auf die Eisenbahnzone zurückführe und sich auf eine Diskussion einlasse.

Dann erfuhr man, daß die japanische Armee unter dem Vorwand russischer Heerebewegungen in Richtung Chabin vorgestoßen ist. Und heute liegt nun eine Meldung des Sonderkorrespondenten des „Daily Telegraph“ vor, die im wesentlichen besagt:

Chinesische Truppen unter General Wanfulin, einem Unterführer des Generals Tschanghsuelliang, haben die über den Nonni-Fluß führende lange Brücke, 50 km südlich des Knotenpunktes Angantschi, durch Feuer aus 32 Feldgeschützen an vier Stellen zerstört. Der Verkehr auf der Linie Taonan—Angantschi ist sofort unterbrochen worden. Darauf ist eine starke japanische Streitmacht nach Norden abgesandt worden, um diese wichtige Eisenbahnlinie für den Fall von Verwicklungen mit Rußland wieder nutzbar zu machen. Dieses Ereignis dürfte das wichtigste seit Beginn der Besetzung sein und diese an Bedeutung vielleicht noch übertreffen. Sechs Eisenbahnzüge mit 3000 Mann — Infanterie, Kavallerie, Artillerie, Pioniere, Automobillabteilungen, Funkentelegraphie, Sanitäts- und Munitionsabteilungen — sind in aller Eile nach Norden geschickt worden. Sie haben Sonntag und Montag Taonan passiert.

Die Japaner haben dabei im Einverständnis mit dem chinesischen General Tschanghaipeng gehandelt, der den (oben erwähnten) General Wanfulin beschuldigt, mit den Russen im Einvernehmen zu handeln. Alle Stationsbetriebe nördlich von Supinghai sind von den Japanern übernommen worden. Taonan ist jetzt gemeinsames Hauptquartier der japanischen und der 10 000 Mann starken chinesischen Truppen unter General Tschanghaipeng. Die Truppen fraternisieren miteinander. In Angantschi steht der chinesische General Matschanschan, der nach chinesischen Berichten von Rußland alle seine Feldgeschütze sowie einen Stab militärischer Ratgeber bezogen haben soll. Die japanische Sorge, so schließt der Korrespondent, erklärt sich daraus, daß Angantschi eine Schlüsselstellung der nördlichen Mandchurei bildet.

Es ist danach durchaus wahrscheinlich, daß die Japaner den Völkerbundsrat, der in 14 Tagen wieder zusammentritt, einfach vor eine neue Situation, vor eine neue vollendete Tatsache stellen wollen, und daß sie gar nicht die Absicht haben, aus der Mandchurei wieder herauszugehen.

Daß das neue Verwicklungen mit anderen interessierten Imperialismen zeitigen wird, steht außer Frage.

Falsches Spiel

sagt die „Iswestija“

Moskau, 4. November.

Iswestija nimmt in einem Leitartikel, zum Teil in recht scharfen Ausdrücken, Stellung zu den japanischen Erklärungen, daß die Sowjetunion in dem chinesisch-japanischen Konflikt in der Mandchurei nicht völlige Neutralität wahre.

Das Märchen von der roten Gefahr sei nur ein neuer Vorwand zur Rechtfertigung der Okkupation. Die japanische Regierung hätte genug Mittel und Wege gehabt, sich von der Unsinnigkeit der Gerüchte über Waffentransporte und russische Militärstrukturen für den General Matschanschan überzeugen zu können. Sie habe es mit Absicht versäumt. Die Iswestija sagt weiter:

Statt der Räumung der Mandchurei bereiten die japanischen Militärs eine Erweiterung der Besetzung des Nordens der Mandchurei vor. Sie suchen nach einem neuen Grunde, der bis zu dem Zeitpunkt, wo der Völkerbund sich neuerlich mit dem japanisch-chinesischen Konflikt beschäftigen wird, als Vorwand dienen könnte, und erfinden daher jetzt die Fabel von einer Einmischung der Sowjetmacht in den Konflikt durch Konzentrierung von Truppen an der mandchurischen Grenze.

Das Blatt schließt mit den Worten: Mögen die Brandstifter im Westen und Osten daran arbelten, Kriege und Konflikte zu entfachen. Rechtzeitig werden sie erfahren, daß, wer Wird sät, Sturm ernten wird.

China klagt an

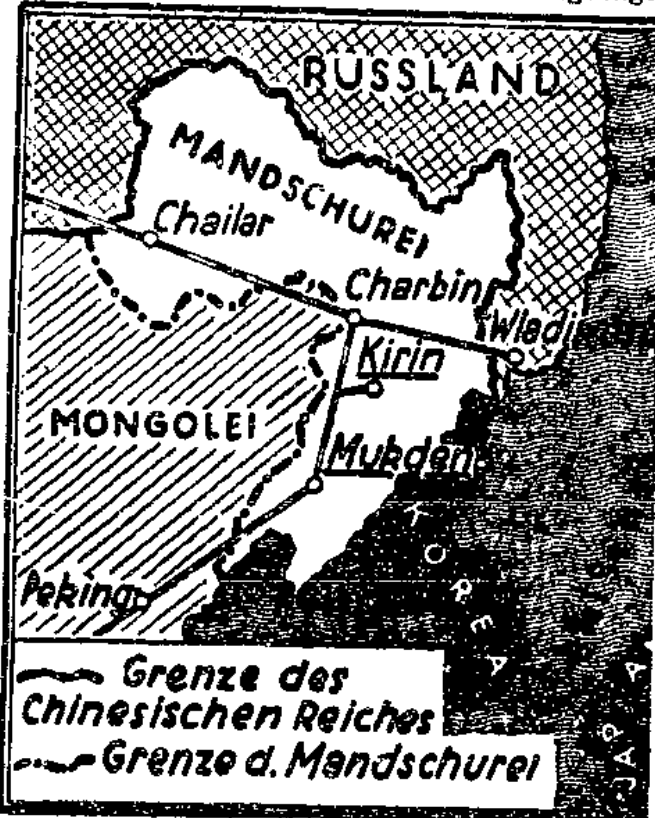
Genf, 4. November

Der Vertreter Chinas im Völkerbundsrat Szao hat eine neue Note an den Völkerbundsrat gerichtet, worin er darlegt, daß Japan seine Truppen immer noch nicht aus der Mandchurei zurückgezogen habe. Die japanischen Truppen hätten im Gegenteil, so führt die Note aus, entschieden die Besitznahme der Südmandchurei ausgedehnt und verstärkt und Versuche zum Eindringen in den nördlichen Teil der Mandchurei gemacht. Das Verhalten Japans stelle eine

Verletzung des Artikels 10 des Völkerbunds Paktes und des Artikels 2 des Kellogg-Paktes dar.

Gegenüber der japanischen Forderung, daß Japan seine Truppen erst zurückziehen werde, wenn vorher ein Abkommen zwischen China und Japan über „gewisse Grundprinzipien“ der gegenseitigen Beziehungen abgeschlossen sei, betont der Vertreter Chinas wiederum entschieden, daß die chinesische Regierung fest entschlossen sei, „unter keinen Umständen unter dem Druck der militärischen Okkupation zu verhandeln“.

China sei überzeugt, daß die Mitglieder des Völkerbundes und die Vereinigten Staaten von Amerika es nicht dulden würden, daß der Völkerbundsrat, der Kellogg-Pakt und der Neunmächtevertrag „mit Füßen getreten“ werden. Der Note sind verschiedene Anlagen über die Lage in der Mandchurei beigelegt.



Neue Forderungen Japans

(Reuter.) Tokio, 4. November.

Wie von amtlicher Seite mitgeteilt wird, wird Japan bei der nächsten Tagung in Genf darauf bestehen, daß China die Gültigkeit aller Verträge einschließlich des Vertrages von 1915 anerkennt.

der durch das Völkerbundsstatut vorgesehenen Bedingungen und erst dann vom Präsidenten unterzeichnet werden, wenn alle friedlichen Verteidigungsmaßnahmen, wie Schiedsgerichtsverhandlungen usw. nicht zum Ziele geführt haben.

Der Präsident kann einen Austritt Spaniens aus dem Völkerbunde nur dann erklären, wenn die Cortes ihn durch ein besonderes Gesetz mit absoluter Stimmenmehrheit dazu ermächtigen. Eine weitere Verfassungsbestimmung wendet sich gegen Geheimverträge und Geheimklauseln irgendeines Vertrages.

Nach Verabschiedung der den Präsidenten der Republik betreffenden Bestimmungen wurden die Parteiführer bei Zamorra dahin vorstellig, er möchte sich zum Kandidaten für dieses Amt aufstellen lassen, dagegen auf verfassungsändernde Anträge während der Verfassungsberatungen verzichten. In diesem Sinne wurde eine Einigung erzielt. Zamorra wird sich verfassungsändernder Anträge enthalten und hat sich bereit erklärt, für den Posten des ersten Präsidenten der spanischen Republik zu kandidieren.

Faschismus — die größte Pleite

Eine „Jubiläums“-Bilanz Mussoliniens
In diesen Tagen wird der italienische Faschismus mit dem üblichen Gepränge den Tag seiner Machtergreifung feiern. Beinahe ein Jahrzehnt ist er an der Herrschaft. Ihm gehts, das kann man ja wohl sagen, gut; und der Neid der deutschen Hitlerjünglinge ist begreiflich. Aber mag's dem Faschismus gut gehen,

das italienische Volk und Land sind in einer Notlage wie kein anderes in Europa. Wir brauchen uns in Deutschland gewiß nicht zu beschweren — unsere „Wirtschaftsführer“ haben uns tief genug in den Sumpf hineingeführt. Aber Mussolini hats noch besser gekonnt! Selbst die offizielle faschistische Statistik — und wie mag die noch frisiert sein! — muß feststellen, daß Italien einen solchen Zusammenbruch, solche Bankerottziffern noch nicht erlebt hat.

„Der Verbrauch an Kohle, Eisen, Baumwolle, der Urstoffe ganz allgemein“, so schreibt ein Beobachter, „zeigt, daß die italienische Industrie insgesamt ungefähr nur ein Fünftel der englischen oder der deutschen Industrie und höchstens ein Achtel der französischen darstellt. Aber allein die Stadt Mailand hat mehr protestierte Wechsel aufzuweisen als Frankreich insgesamt. Nach den statistischen Monatsausweisen des Völkerbundes vom August 1931 belief sich die Zahl der Bankrotte im Juli auf 847 in Frankreich, 1013 in Deutschland und auf 1674 in Italien!“

Die italienischen Pleiten belaufen sich also auf 50 Prozent mehr als die deutschen, während die deutsche Bevölkerung um 50 Prozent höher ist als die italienische. Und wir verstehen es doch weiß Gott auch! Und diese herrliche Lösung der Wirtschaftskrise ist der Vorschlag der Hitler, Feder und ihrer bankrotten Drahtzieher von der Schwerindustrie!

Dieser gekennzeichneten wirtschaftlichen Gesamtlage entsprechen natürlich auch die Kurse der Aktien, soweit sie nicht künstlich, wie die Bankaktien, auf dem Papier hochgehalten werden. Unzählige Papiere sind bereits auf dem Nullpunkt angelangt. Einen Fortschritt allerdings hat der Faschismus zu verzeichnen: Wie der ehemalige Finanzminister Mussolini, De Stefani, im „Corriere della Sera“ eingesteht, sind die Staatsausgaben, sowie die der Provinzen und der Kommunen seit 5 Jahren verdoppelt worden. Ungeheuerlich ist der Steuerdruck, vor allem auf die Bauern. Sie zahlen bis zu 62 Prozent ihres Einkommens an Steuerlasten. In Südtirol müssen sie das 87fache dessen blechen, was sie unter österreichischem Regime geben haben. Das nennt man „Befreiung“!

Der Faschismus ist der Totengräber des italienischen Volkes, der Totengräber Italiens. Auch die Bevölkerungsstatistik weist das aus. Die offiziellen Zahlen zeigen bei einem Vergleich zwischen dem August dieses und dem August vorigen Jahres überall: Verminderung der Geburten, Steigerung der Todesfälle, ständig wachsendes Elend.

Wenn all diese Dinge sich nicht so am Kurs der Lire ablesen lassen, wie das normal wäre, so deshalb, weil eine freie Kursbildung nicht existiert, weil jeder Italiener bei Strafe der Deportation gezwungen ist, zu dem von der Regierung festgesetzten künstlichen Kurs umzuwechseln. Im Ausland wird aus Prestigegründen mit den letzten Reserven der Banca d'Italia, der italienischen Staatsbank, der Kurs der Lire vorläufig noch gehalten.

Aber auch diese Methode wird auf die Dauer versagen. Die größte Bank Italiens, die Banca Commerciale Italiana, die Repräsentantin der faschistischen Wirtschaftspolitik, hat ihren gesamten Besitz an Industriekapitalen verkaufen müssen. Natürlich kann man Aktienpakete verschieben und eine Bank „sanieren“. Aber auch die geschickteste Transaktion kann den Wirtschaftsgang, der eine einzige große Pleite ist, nicht ändern.

Das Land Italien ist ausverkauft, ist nur noch eine Kolonie des internationalen Kapitals. Der Faschismus wird seinen Gründungskarneval feiern, das Land aber stirbt. Wann wird es die Kraft haben, sich von seinen faschistischen Parasiten zu befreien?

Nur Kommunisten dürfen erschossen werden

Ein chinesisch-englischer „Zwischenfall“ geregelt

CNB, London, 3. November.

In einer Note, die der chinesische Vizeaußenminister an den britischen Gesandten in China, Sir Miles Lampson, geschickt hat, wird zum erstenmal volles Licht auf den Thorburn-Fall geworfen, der seit Juni dieses Jahres die englisch-chinesischen Beziehungen getrübt hat. In der chinesischen Note wird enthüllt, daß ein chinesischer Oberst den neunzehnjährigen Engländer Thorburn, der seit Anfang Juni verschwunden, und, wie es in der Note heißt, am 2. Juni verhaftet und nach dem Gefängnis in Sutschau gebracht worden sei, bei dem Verhör erschossen habe, nachdem er (der Oberst) durch das Benehmen Thorburns herausgefordert worden sei.

In der Nacht vom 1. Juni, so heißt es weiter, stießen drei chinesische Gendarmen auf der Eisenbahnlinie Schanghai—Nanking auf einen verdächtig aussehenden Ausländer und forderten ihn auf, sich zu ergeben. Dieser ließ jedoch ihren Anruf unbeachtet und schoß zwei der Chinesen nieder.

Der Ausländer entkam, ließ jedoch eine Handtasche zurück, die eine Pistole, Patronen, Chloroform usw. enthielt. Am folgenden Tage wurde der junge Thorburn verhaftet. Er erwies sich als der Besitzer dieser Tasche.

Der chinesische Oberst, der Thorburn vernahm, hielt ihn für einen Kommunisten. Er erschoss ihn beim Verhör. Später hatte er alles Beweismaterial vernichtet und die Leiche beseitigen lassen und seine Untergebenen angewiesen, nichts über den Vorfall zu enthüllen.

Die chinesische Regierung weist in der Note darauf hin, daß diese Tatsache ihre Untersuchungen sehr schwierig gestaltet habe und daß der Oberst seines Ranges für verlustig erklärt und durch ein Kriegsgericht zu vierzehn Jahren Gefängnis verurteilt worden sei.

Der chinesische Oberst hat Pech gehabt. Wäre der junge Mann wirklich Kommunist gewesen, so war ihm eine Beförderung sicher; aber einen Engländer erschießen — das erfordert natürlich strengste Sühne. Besser ist's auch für chinesische Offiziere, sich erst über die Nationale zu informieren, bevor man seine Treffsicherheit an einem Gefangenen ausprobiert.

Polens außenpolitischer Prestigeverlust

Kritik an Zaleski Exposé.

Warschau, 4. November.

Im Auswärtigen Ausschuss des Sejm fand heute die Aussprache über das Exposé des Außenministers Zaleski statt. Hierbei kritisierten die Sprecher der Sozialisten und Nationaldemokraten die von Zaleski betriebene Außenpolitik.

So erklärte der Sozialist Czajinski, daß er den Optimismus des Ministers über die Lage Polens nicht ganz verstehen könne. Trotz einiger günstiger Zeichen ge-

stalte sich die außenpolitische Lage Polens immer schwieriger, ja, auch in Frankreich könnten sehr beunruhigende Zeichen beobachtet werden. Die polnische Außenpolitik sei nur wenig aktiv und zeige keine selbständige größere Initiative. Sogar in Frankreich werde der Ruf Polens immer schlechter, von England und Amerika ganz zu schweigen. Selbst in Kreisen der französischen Rechten und der Mitte sei man über die Vorgänge in Polen beunruhigt. So habe man sich aus der französischen Presse überzeugen können, daß die Brester Affäre dort den allerschlimmsten Eindruck gemacht habe.

Der Nationaldemokrat Professor Stronski erklärte, die polnische Politik verfüge zur Zeit über günstigere Aussichten, da die Nachbarn Polens mit ihren eigenen Sorgen beschäftigt seien. Gleichzeitig sei das Ansehen des Verbündeten, Frankreich, bedeutend gestiegen. Stronski glaubt jedoch nicht, daß die Erfolge der polnischen Außenpolitik mit diesen günstigen Bedingungen Schritt halten. Die inneren Zustände in Polen begünstigten eine solche Evolution nicht.

Die Aussprache wird übermorgen fortgesetzt werden.

Lansbury Fraktionsvorsitzender der Arbeiterpartei

Eröffnung des englischen Parlaments.

London, 3. November.

Die beiden Häuser des Parlaments sind heute nachmittags zu einer Sitzung zusammengetreten.

Die Parlamentsfraktion der Arbeiterpartei hielt vorher eine Sitzung ab, in der Henderson als Parteiführer des unwandelbaren Vertrauens versichert und Lansbury zum Fraktionsvorsitzenden gewählt wurde. Beide Entschlüsse wurden einstimmig gefaßt.

Im Unterhaus, wo das Zusammenschmelzen der Labour-Opposition zum erstenmal praktisch in die Erscheinung trat, wurden Baldwin und MacDonald lebhaft begrüßt. Zum Sprecher (Präsidenten) wurde der Abgeordnete Fitzroy gewählt; er richtete in der heutigen einzigen Rede, die sein Amt ihm im Parlament zu halten gestattet, an alle Mitglieder die Mahnung, sich in ihren Ausführungen möglichst kurz zu fassen, damit eine größere Anzahl von Rednern als bisher zu Worte kommen können.

Gesamtrücktritt des lettischen Kabinetts

Riga, 3. November.

Beim heutigen Zusammentritt des neugewählten Parlaments zu seiner ersten Sitzung legte das Kabinetts Ulmanis seine Vollmachten nieder.

Die Arbeitslosigkeit in Großbritannien

London, 3. November.

Die Zahl der Arbeitslosen in Großbritannien belief sich am 26. Oktober auf 2 726 092, das sind 11 786 weniger als am Ende der vorhergehenden Woche und 488 591 mehr als im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres.

Zamorra spanischer Präsidentschaftskandidat

Parlamentsbeschluss über Wahl und Rechte

Madrid, 4. November.

Die Cortes haben gestern weitere Verfassungsartikel durchberaten. Angenommen wurden die Artikel über die Wahl des Präsidenten der Republik. Wählbar zum Präsidenten der Republik sind alle Spanier über 40 Jahre mit Ausnahme der Militärpersonen, die im aktiven Dienst oder in der Reserve stehen, ferner der Geistlichen und der Mitglieder der ehemals regierenden Familie. Das Mandat des Präsidenten der Republik ist auf sechs Jahre festgelegt; eine unmittelbare Wiederwahl ist zulässig.

Die Artikel über die Befugnisse des Präsidenten bestimmen, daß der Präsident den Ministerpräsidenten und auf dessen Vorschlag die Minister unbeschränkt ernennen und entlassen kann. Der Präsident muß den Ministerpräsidenten und die Minister entlassen, falls das Parlament ihnen ausdrücklich das Vertrauen versagt. Der Präsident kann ferner Krieg erklären und Frieden schließen.

Die Kriegserklärung darf nur im Rahmen

Siegreich vorwärts!

Die SAP im Reich des Herrn Klagges

Unsere Genossen im Freistaat Braunschweig haben einen besonders schweren Kampf auszufechten. Der Parteiapparat der Sozialdemokratie arbeitet dort unter Aufbietung aller Kräfte gegen die SAP. Ludendorff-Berichte über unsere Versammlungen machen aber trotzdem die Arbeiterschaft wach. Sie werden durch diese unsachliche Kampfkampfrichtung aufgerüttelt, und der Zeitpunkt ist nicht mehr fern, an dem auch wir im Freistaat Braunschweig maßgebend mitwirken.

Einen großen Schwindel brachte der sozialdemokratische „Volkswille“ in Hannover, der in Braunschweig anstelle des verbotenen „Volksfreunds“ erschien. Er schämte sich nicht, von der ersten öffentlichen Versammlung der SAP in Braunschweig zu schreiben, daß sie zu einer Versammlung der KPD wurde und von der KPD zu Ende geführt sei. Nur weiter so, dann wird uns die Werbearbeit erleichtert!

In Braunschweig-Stadt

Die vor kurzem nach einem Referat des Genossen Siemsen gegründete Ortsgruppe Braunschweig der SAP hat inzwischen ihren Mitgliederbestand weiter erhöht. Wenn auch der Kampf schwer ist, wenn auch die SPD und KPD mit unsachlichen Mitteln über uns herfallen, unser Aufwärtstreben ist nicht mehr aufzuhalten. Wir marschieren!

„Das kleine Häuflein“ wird bald eine Masse sein, und dann wird die SAP ihre Arbeit für die Arbeiterschaft unter Beweis zu stellen haben.

Allen Gegnern zum Schreck wagte die eben erst gegründete Ortsgruppe als ersten Hieb eine große öffentliche Versammlung, in der der Genosse Seydewitz sprechen sollte. Der große Konzertsaal war überfüllt. Gegner aus allen Lagern (SPD, KPD und selbst Nazis) waren in Massen erschienen. Als Genosse Günther die Versammlung eröffnete, mußte er die bedauerliche Mitteilung machen, daß Genosse Seydewitz durch Telegramm mitgeteilt habe, daß er im letzten Moment verhindert worden sei, zu erscheinen. Anstelle von Seydewitz sprang dann der ausgeschlossene 2. Vorsitzende der Braunschweiger SPD und frühere Sportredakteur des „Volksfreunds“, Genosse Kämmer, ein. In seinem 1½stündigen Referat schilderte er den Kampf der Opposition in der Sozialdemokratischen Partei und die Ursachen der Parteispaltung. Eingehend behandelte er den unsachlichen Kampf, den die SPD gegen unsere Partei führt. Dann ging der Referent auf die Tolerierungspolitik

im Reich ein. Dabei war eine Mitteilung kennzeichnend, die so recht das bedingungslose Tolerieren der SPD unter Beweis stellt. Der Reichstagsabgeordnete Grotewohl hat in einer Funktionärsversammlung der SPD einmal gesagt, daß er und Junke aus innerster Überzeugung weiter tolerieren werden, wenn Brüning auch noch weitere Notverordnungen herausgeben würde. Und das selbst dann, wenn die Mitgliedschaft mit der Entziehung des Vertrauens käme! Dem stellte der Redner die Stellungnahme der Opposition gegenüber. Lebhaftes Interesse riefen die Mitteilungen über landespolitische Dinge hervor. Die Stellungnahme der SPD zum Begehren auf Auflösung des Braunschweiger Landtags fand eine eingehende Beleuchtung und Verurteilung. Ebenso kritisierte er das Verhalten anläßlich der Aufhebung des 1. Mai als Feiertages. Die SAP werde sich am 15. November geschlossen für die Auflösung des Braunschweiger Landtags einsetzen. (Lebhafter Beifall.) Mit einem warmen Appell, sich der SAP einzureihen, schloß er seine oft von stürmischem Beifall unterbrochenen Ausführungen. Nach ihm sprach noch Genosse Steinmüller über grundsätzliche Programm- und Statutenfragen. Er gab bekannt, daß sich die Braunschweiger SAP zur proletarischen Einheitsfront bekenne und einem Angebot der KPD auf Zusammenarbeit in großen Aktionen gegen den Faschismus zugestimmt habe. Auch ihm wurde starker Beifall gezollt. In der überaus stark besetzten Diskussion sprachen in der Hauptsache Gegner der SAP. Der Betriebsratsvorsitzende der großen Braunschweiger Eisenbahnwerkstätten, der SPD-Genosse Matthe, trat unter dem Beifall der Versammlung nach Abgabe einer Erklärung zur SAP über. Eine gleiche Erklärung gaben noch verschiedene Genossen, darunter der über 30 Jahre in der Partei stehende Genosse Heimrich ab. Der 2. Vorsitzende der Braunschweiger SAJ und einige weitere SAJ-ler erklärten ebenfalls ihren Uebertritt.

Die Kommunisten verließen gegen Mitternacht unter Absingen der Internationale den Saal und bewiesen damit erneut, daß ihnen an einer wahren Einheitsfront der Proletariat nichts gelegen ist. Die Versammlung erlitt aber dadurch keinerlei Unterbrechung. Sie wurde in voller Ruhe zu Ende geführt und nach einem Schlußwort des Genossen Kämmer geschlossen. Die Versammlung war ein voller Erfolg für die SAP.

Der Genosse Seydewitz wird sein Versprechen, in einer großen öffentlichen Versammlung in Braunschweig zu sprechen, baldigst einlösen.

Großer Erfolg in Helmstedt

Die erste landesbraunschweigische Ortsgruppe der SAP, Helmstedt, unternahm bald

nach ihrer Gründung das Wagnis einer großen öffentlichen Versammlung und hatte damit einen durchschlagenden Erfolg. Als Referenten waren die Genossen Ziegler, Breslau, und der frühere 2. Vorsitzende der Braunschweiger SPD, Kämmer, Braunschweig, erschienen. In einem der größten Säle Helmstedts sprachen beide vor überaus zahlreicher Zuhörerschaft. Beide Referate hinterließen einen nachhaltigen Eindruck. Trotz der Anwesenheit der Prominenz der Sozialdemokratie wagte keiner ihrer Vertreter, in der Aussprache die politische Linie der SPD zu vertreten. Die Kommunisten hatten sich zwei auswärtige Korreferenten verschrieben, deren Bäume aber nicht in den Himmel wuchsen. Mehrere Neuaufnahmen waren der äußere Erfolg der Versammlung.

Die Ortsgruppe wird demnächst mit einer weiteren öffentlichen Versammlung an die Öffentlichkeit treten.

Eine weitere Ortsgruppe gegründet

In dem kleinen Ort Oelper bei Braunschweig sprachen am Sonnabendabend in einer Werbeversammlung die Genossen Günther und Steinmüller aus Braunschweig über den Weg der SAP. Die in der Diskussion aufgetauchten Fragen beantwortete Genosse Kämmer. Die Versammlung wurde ein voller Erfolg für die SAP. Ein parteiloser Betriebsarbeiter, der sich ursprünglich der KPD anschließen wollte, war durch das Verhalten der Kommunisten in der öffentlichen Versammlung der SAP in Braunschweig so abgeschreckt worden, daß er sich mit begeisterten Worten zur SAP bekannte und eintrat. Bravo!

Die Ortsgruppe ist gegründet. Arbeiter, Kleinlandwirte und Oelper, machts nach und kommt zur SAP! Anmeldungen nimmt der Genosse Wollstein, Oelper, entgegen.

Wer arbeitet mit? Gründet weitere Ortsgruppen!

Der Siegeszug der SAP geht auch durch das Land Braunschweig. Das kann keine noch so gutgemeinte Gegenpropaganda verhindern. Schon stehen viele Orte mit uns in Verbindung. Weitere Ortsgruppengründungen stehen bevor.

Aber in vielen Orten haben wir Sympathisierende, denen die Verbindung noch fehlt. Hier muß jetzt der Hebel angesetzt werden. Sympathisierende Genossen, die die Absicht und die Möglichkeit haben, sich als Vertrauensleute um den Aufbau einer Ortsgruppe zu bemühen, wenden sich an den Genossen Willi Kämmer, Braunschweig, Wendentorwall 18, der weitere Unterstützung leihet.

Kurze Notizen

Von der Tuberkulose-Forschung

Die Tuberkulose-Forschung ist durch das Kindersterben von Lübeck und den sich daran anschließenden Prozeß in ein neues Licht gerückt worden. Der Berliner Bakteriologe Enderlein glaubt, kürzlich eines der Geheimnisse um den Tuberkelbazillus enträtselt zu haben. Bei künstlichen Bazillenkulturen bemerkte Professor Enderlein, daß sich regelmäßig, nach Ablauf eines halben Jahres etwa, in einer bestimmten Stufe der Entwicklung ein schwärzlicher Schimmelpilz auf ihrer Oberfläche bildete. Aus den Sporen dieses sog. nannten Gießkannenschimmels entwickelten sich winzige Körnchen, die sich rasch vermehren und, nach Ansicht des Forschers, die frühesten Entwicklungsstadien des Tuberkelbazillus sind. Da 't glaubt man eine Erklärung gefunden zu haben für die Tatsache, daß Tuberkulose sich in feuchten Wohnungen, die zu Schimmelbildung an den Wänden neigen, niemals ausheilen läßt und sich rasch ausbreitet. Schimmelpilze sollen also die furchtbare Krankheit übertragen können oder zumindest die Uebertragung fördern und unterstützen.

Von der Macht der Bazillen, den winzigsten Lebewesen der Erde, sprechen ein paar Zahlen: ein Cholera-Bazillus verdoppelt sich in zwanzig Minuten. Man gewinnt also von einem einzigen Bazillus — angenommen, daß sämtliche Nachkommen am Leben bleiben — 1600 Trillionen junger Bazillen im Laufe eines Tages!

Die Telefonverbindung der SAZ

Um Irrtümer und Verzögerungen zu vermeiden, bitten wir die Genossen und Mitarbeiter, bei Telefonanrufen zu beachten, daß die Redaktion den Telefonanschluß Berlin, Amt Kupfergraben 2904 hat. Die Expedition und Geschäftsleitung der SAZ sind zu erreichen unter

Kupfergraben 2905.

Abmeldung vom Religionsunterricht

Die Abmeldungen vom Religionsunterricht betragen in Leipzig 27,8 Prozent, in Dresden 14,3, Chemnitz 11,8, durchschnittlich in ganz Sachsen unter 10 Prozent. In Leipzig haben 60, in den anderen Städten 30 Prozent der Lehrer den Religionsunterricht niedergelegt. Der Vorstand des Sächsischen Lehrervereins hat den Grundsatz aufgestellt: „Es sollte niemand Vorstandsmitglied des Lehrervereins werden, der nicht den Religionsunterricht niedergelegt hat.“ In Sachsen ist bekanntlich vor einiger Zeit der Religionsunterricht noch besonders verkirchlicht worden.

Wanderndes Land

Auf der letzten Reise Dr. Wegeners durch Grönland stellten die Geologen der Expedition fest, daß das Eis in der Mitte der Insel 2700 Meter dick ist, und ein Querschnitt des Landes zeigen würde, daß Grönland einem mit Eis gefüllten Bassin gleicht. Infolge des Riesengewichts dieser Eismassen ist Grönland in einem langsamen Sinken begriffen, wogegen man in Skandinavien die entgegengesetzte Beobachtung gemacht hat: das Land wurde im Laufe der letzten 600 Jahre um 6 Meter höher. Gleichzeitig mit seinem Sinken wandert Grönland aber auch jedes Jahr um 36 Meter gegen Westen, während sich Europa und Amerika immer weiter voneinander entfernen.

Pfänder-Versteigerung

Breslau, Berliner Platz 2

am Donnerstag, den 12. November 1931

vormittags 9 Uhr

gelbe Scheine bis Nr. 85000

Bietungskautions Rmk. 10,—

Gemeinnütziges Pfandleihhaus

der Stadt Breslau G. m. b. H.

Schubert

Bücher,

die Sie interessieren werden:

Die Krise des Kapitalismus und die Aufgabe der Arbeiterklasse

Mitarbeiter: Prof. Max Adler, Wien, Eg. Graf, M. d. R., F. Petrich, Gera, Max Seydewitz, M. d. R., E. Weckerle, Chemnitz

Die Organisation im Klassenkampf

Mitarbeiter: F. Bialigk, Leipzig, Dr. E. Eckstein, Breslau, O. Jersson, Tinz, K. Laumann, Leipzig, H. Wagner, Dresden

Unsere Stellung zu Sowjetrußland

Mitarbeiter: Prof. Max Adler, Wien, A. Gerschenkron, Wien, Prof. Hartwig, Prag, F. Lewy, Berlin, E. Wolf, Berlin

Preis für Mitglieder der Marxistischen Bücher-gemeinde RM 3.—, für Nichtmitglieder RM. 4,75

Freie Verlagsgesellschaft, Bin.-Tempelhof

Hohenollerkerstraße 67

Sport-Ecke

Geräte-Wettkampf in Breslau

Am kommenden Sonntag findet ein Geräte-Wettkampf der 2., 4. und 9. Männer-Abteilung in der Turnhalle Brockhauser Straße, beginnend vormittags 9 Uhr, statt.

Obgleich Geräte-Wettkämpfen im Kunstturnen gegenüber der Leichtathletik, der Massengymnastik und dem Spiel keine allzu wesentliche Bedeutung im allgemeinen Sport mehr beigemessen wird, bleibt trotzdem noch manchem unserer Genossen die Pflege des schönen Kunst- und Geräte-Turnens ein wichtiger Bestandteil in der Leibesübung. In den letzten Jahren hatte Breslau wiederholt Gelegenheit, sein gutes Können im Geräte-Turnen gegenüber den anderen Städten zu beweisen. Die Ergebnisse waren im einzelnen sowie in der Durchführung des Städte-Wettkampfes stets befriedigend, so daß Breslau zu einem ebenbürtigen Gegner im Turnsportlichen anzusehen ist.

Gewiß ist die Austragung am kommenden Sonntag nur ein lokaler Wettstreit, aber dennoch dürften Spitzenleistungen keine Seltenheiten sein. Bestimmt werden in verschiedenen Geräten Übungen gezeigt werden, die alles bisher Dagewesene weit übertreffen. Gerade die Jugend, die den Drang zur individuellen Vollendung bei jeder Gelegenheit aufkommen läßt, wird alles daransetzen, um sich zu behaupten. Neben der Unterstufe turnen außerdem die Mittelstufe der Männer und die Oberstufe der Jugend. Freiübungen der Jugend als dritte Wertung. Eine selbstgewählte Freiübung von den Aktiven jeder Abteilung ist in die Wertung mit eingeschlossen. Der Eintrittspreis beträgt nur 15 Pf.

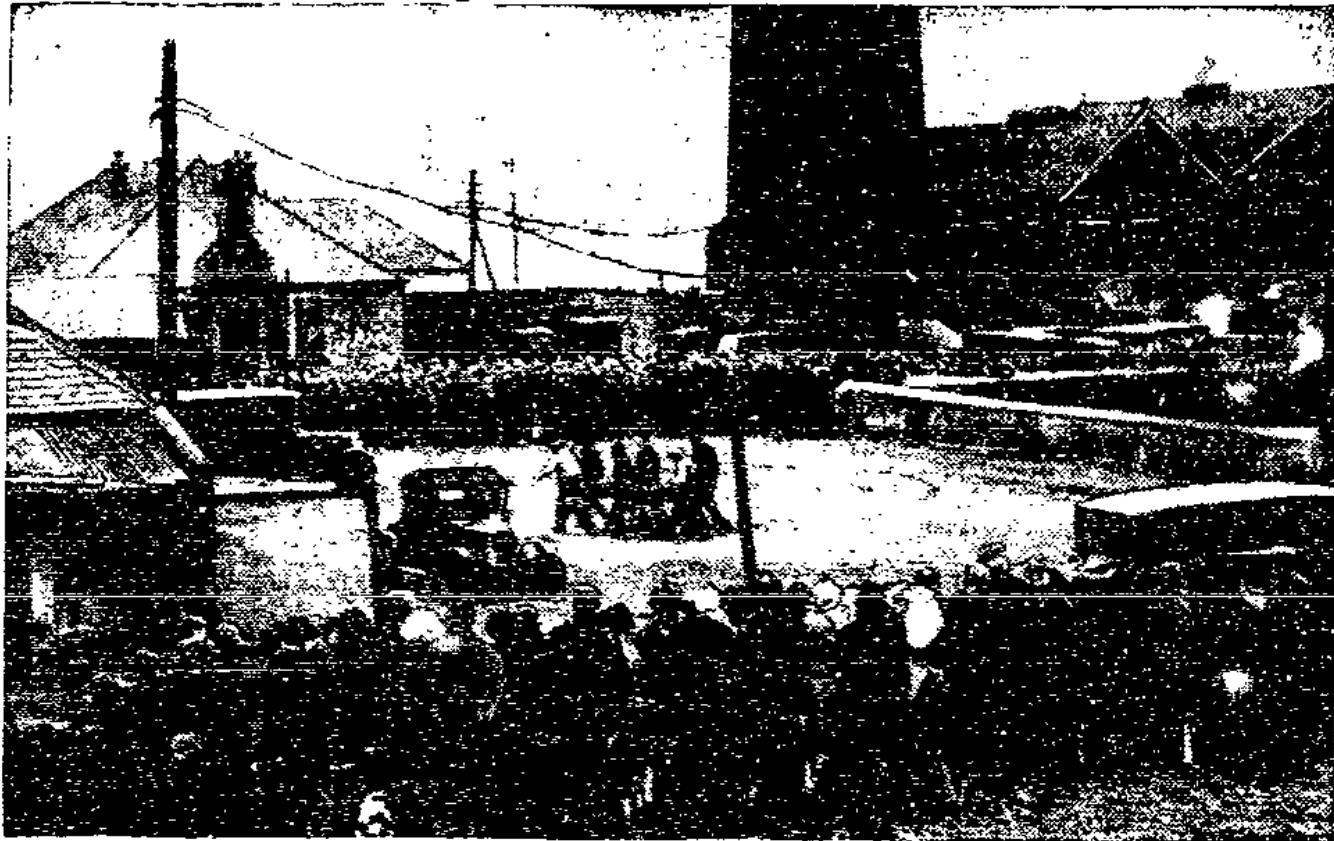
Freie Schwimmer Bresl

Freitag, den 6. 20 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Technikervortung Sonntag, den 8. 14 Uhr, 2. und 3. Handballmannschaft im Stadion. Abt. Nord: Unser Turnbetrieb beginnt am Freitag, den 13. 20 Uhr, im Weichboden-Gymnasium, Parkstraße. Leitung hat Gen. Strietzel

Freie Faltbootfahrer Berlin E. V.

Donnerstag, den 5. November 1931, 20 Uhr, Gesamtveranstaltung Unions-Festsäle, Greifswalder Straße 221, Nähe Königstor. Filmvortrag Friedrich Weigelt: „Kreuz und quer durch USA.“ Gäste willkommen. Gruppenabende fallen aus. Sonntag, 8. November, Gruppe Nord. Führung durch Großkraftwerk Klingenberg. Treffpunkt 9.45 Uhr am Werkeingang.

Kumpel — Schicksal



Die Opfer der Grubenkatastrophe von Lochgelly (Schottland) werden zu Tage gebracht.

SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung

Bezugspreis: monatlich . . . 2,40 RM. einschl. Bestellgebühr
wöchentlich . . . 0,60 RM. einschl. Bestellgebühr
bei Postbezug 2,10 RM. zuzügl. 36 Pf. Zustellgebühr

BESTELL-SCHEIN

Bestelle zur sofortigen Lieferung durch _____ Exemplar

„SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung.“

Zentralorgan der Sozialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Name: _____

Wohnort: _____

Straße: _____

Diesen Bestellschein nimmt entgegen: jeder Vertrauensmann und Zeitungsbmann der SAP, der Briefträger, oder schicke ihn an: Sichel Zeitungs-Verlagsgesellschaft m. b. H., Berlin O 27, Magazinstraße 15-16.